Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

61 (13.3.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453741

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 15.25 Mark, dazu 2.25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 14.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 70 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 90 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 5.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 13. März 1922 * Nr. 61

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr 1265.

Zur politischen Lage.

I.

Wir haben vor etwa einer Woche nacheinander zwei Auslassungen großer bürgerlicher Zeitungen über die Person des gegenwärtigen Reichspräsidenten gebracht. Es handelte sich dabei um recht selbständige und aktuelle Aeußerungen der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblatts". Also zweier Organe demokratischen Charakters von Weltruf. Wir wählten diese beiden Blätter, weil in ihnen von Anfang an die Person Eberts nicht, wie es vielfach anderwärts geschah, mit Mißtrauen und Vorbehalt empfangen worden war, sondern weil man es dort schon vor drei Jahren als selbstverständlich ansah, daß ein durch fleißige Arbeit heraufgearbeiteter „ehemaliger Sattlergeselle" zum Präsidenten einer Republik sich ebensogut eigne wie irgendein anderer zünftiger Politiker.

Freilich sehen wir heute, daß selbst rechtsstehende Organe an der Amtsführung Eberts wenig auszusetzen haben, ja, daß sie für diese sogar gelegentlich ein Wort der Anerkennung finden. Wir verschmähen es, derartige Aeußerungen rechtsgerichteter Politiker zu zitieren bzw. diese als Material für die Tätigkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten zu gebrauchen. Ein solches ehrlich oder falsch gemeintes Wohlwollen aus jenen Kreisen kommt uns gar zu dumm vor und fast möchten wir — mit einem Vergleich aus der preußischen Geschichte — sagen, daß wir es lieber sehen, wenn ein sozialdemokratischer Reichspräsident seinen Platz im Kampfe gegen diese Parteien erobert, als daß er diese Würde etwa aus der Hand der Leute um Hergt und Westarp nähme. Nun glauben wir nicht, daß in entscheidender Stunde die Deutschnationalen für Ebert stimmen werden, wir meinen nur, daß es in Arbeiterkreisen überhaupt schon peinlich berührt, wenn derartige Elemente diesen mit einem gewissen Wohlwollen hinnehmen. In bezug auf Zitierung der diversen Wolf- aber Schafsstimmen sollte man daher auch bei uns recht vorsichtig sein.

Da ist uns denn die Haltung der „Frankfurter Zeitung" gegenüber dem bekannten Ukas des Reichspräsidenten gelegentlich des Eisenbahnerstreiks entschieden lieber. Dieses Blatt erklärte mit unverblümter Deutlichkeit, wie könne nur ein Präsident der deutschen Republik eine Verordnung erlassen, die das Koalitionsrecht der Beamten in einschneidender Weise beeinträchtige. Zweifellos sehr gut; auch wir waren der gleichen Meinung und haben dieser seinerzeit hier Ausdruck verliehen. Koalitionsrecht ist Koalitionsrecht und alle die tapferen Spitzfindigkeiten, daß man wohl dem privaten Arbeitgeber gegenüber mit dem barschesten Ultimatum kommen dürfe, daß man aber dem Staate, da dieser doch die „Gesellschaft" darstelle, nicht die geladene Pistole der wirtschaftlichen Forderung auf die Brust setzen dürfe, scheinen uns sehr anfechtbar. Wobei wir nicht unterlassen wollen, erneut zu betonen, daß wir uns eine beamtete Lebensstellung mit Pensionsberechtigung einerseits und federzeitiges Streikrecht andererseits nicht gut denken können. Es wird wohl nur das eine oder das andere geben dürfen. Im übrigen verweisen wir in diesem Punkte auf unsere seinerzeitigen Ausführungen.

Was allerdings seinerzeit vielfach übersehen und in der Presse der Unabhängigen und Kommunisten mit voller Absicht verschwiegen bzw. falsch dargestellt wurde, das ist die Tatsache, daß nicht der Reichspräsident Ebert, sondern daß die Reichsregierung für diese Tat verantwortlich war. Unter dem Einfluß der Herren Wirth und Gröner fand sich in der Regierung eine Mehrheit für ein solches Vorgehen und dem Reichspräsidenten blieb nach Lage der Dinge nichts anderes übrig, als diesen Regierungsentscheid autoritativ zu veröffentlichen. Das ist es, was wir etwaigen Widersachern gelegentlich zu sagen haben.

Ueber die Person des zukünftigen Präsidenten-Kandidaten herrscht vorläufig noch tiefes Dunkel. Den großen politisch-wirtschaftlichen Repräsentanten, den überlegenen Weltmann, die Inkarnation des deutschen Volksgeistes in seiner gesamten Totalität besitzt Deutschland zurzeit nicht, wenigstens wüßten wir keinen solchen Mann; die Namen, die bisher fielen, sind sehr mittelmäßig, zum Teil haben sie ihres plumpen alldeutschen Einschlags wegen gar kein Sympathien innerhalb der breiten Masse. Es ist aus diesem Grunde also durchaus nicht ausgeschlossen, daß Fritz Ebert bei der nächsten Wahl nicht nur wieder in Vorschlag gebracht wird, sondern auch „das Rennen macht". So heiß und verhetzend auch diese Wahl zu werden verspricht.

Freilich, auf eins möchten wir schon heute hinweisen: Die „Kölnische Zeitung" wußte vor einigen Tagen zu berichten, daß Ebert mit der „großen Koalition" stehe und falle. Komme die letztere, dann würde Ebert wiedergewählt, komme sie nicht, dann würde man in den Kreisen der Deutschen Volkspartei und wohl auch der Demokraten wenig für Ebert übrig haben. Sehr wahrscheinlich war diese Kombination ein Fühler, vielleicht auch mehr, gar eine Drohung. Zweifellos aber eine sehr töppische. Die unabhängige „Freiheit" nahm sich naheliegenderweise der Sache sofort an und stempelte die Geschichte sofort als Techtelmechtel und Kuhhandel. Natürlich kann es für die Sozialdemokratie dergleichen nicht geben und auf der in diesen Tagen in Berlin stattgefundenen Redakteurzusammenkunft wies Genosse Hermann Müller mit entschiedenen Worten ein solches Unterfangen von uns. Um die Person des Reichspräsidenten darf es bei eventuellen Koalitionsverhandlungen im Reiche nie und nimmer gehen. In der Frage für und wider eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei spielen ganz andere Dinge eine Rolle, als etwa die Person eines sozialdemokratischen Reichspräsidenten. Eines Amtes, das für uns zwar einen gewissen Wert hat, das wir indes andererseits keineswegs überschätzen wollen. Zumal für uns das wichtigste immer bleiben wird, daß wir in einer maßgebenden Stärke im Reichstage vertreten sind. Diese Position ist uns mehr als der in seinen Handlungen doch immerhin von den Stärkeverhältnissen des Parlaments nicht ganz unabhängige Reichspräsident. Woraus sich ergibt, daß unsere Partei den kommenden Dingen ruhig entgegensehen kann.

Klassenkämpfe in Südafrika.

In Südafrika streiken seit kurzem große Teile der Minenarbeiterschaft. (Wir kommen morgen in einem ausführlichen Artikel darauf zurück.) Am Sonnabend ist es nun in Johannesburg, nach einem heutigen Wolffbericht, zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär gekommen. Die Truppen sollen mit aus Flugzeugen geworfenen Bomben vorgegangen sein. Die Verluste der streikenden Arbeiter sollen sich auf 500 Verletzte und 80 Tote belaufen. — Wir nehmen an, daß die Ziffern ein wenig übertrieben sind, immerhin zeugen sie von den sozialen Gegensätzen und der Brutalität der Behörden in Südafrika.

Schwarz-weiß-roter Unfug in Berlin.

Nach einer heutigen Wolffmeldung spielten sich gestern im Berliner Tiergartenviertel häßliche Szenen ab. Eine etwa 500köpfige Menge zog, mit einer schwarz-weiß-roten Fahne voran, demonstrativ durch die Straßen und verübte allerlei Unfug, belästigte Passanten usw. Schließlich rückten 20 Beamte der Schutzpolizei an und gaben diese Schreckschüsse auf die Menge ab. Der Fahnenträger, ein 20jähriger Barbier, sowie zehn weitere Personen wurden erst mal festgenommen.

Eine Kindertragödie.

In Spandau spielten gestern vier Knaben mit einer Sprengkapsel. Die Kapsel explodierte plötzlich und alle vier wurden schwer verletzt.

Zugzusammenstoß bei Altenburg.

Auf der eingleisigen Strecke zwischen Kostitz und Dobitschen, fuhr gestern nachmittag eine Lokomotive auf den von Meuselwitz kommenden Personenzug auf. Beide Lokomotiven und vier Wagen entgleisten. Eine Person wurde getötet, zehn Personen schwer und fünf leicht verletzt.

Eisenbahnunglück bei Bochum.

In der Nähe Bochums ereignete sich gestern ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Personenzug fuhr in eine Gruppe Streckenarbeiter, die diesen infolge dichten Nebels nicht bemerkt hatte. Der Rottenführer und vier Arbeiter wurden getötet, mehrere schwer verletzt.

Mord in Augsburg.

Aus Augsburg wird gemeldet: Die von ihrem Mann getrennt lebende Arbeiterfrau Erber wurde in ihrer Wohnung am Bettpfosten erhängt aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß die Frau erst ermordet und dann aufgehängt worden war. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden mehrere Personen, darunter der Ehemann der Ermordeten, verhaftet.

Ein sechsfacher Mörder.

In Warschau wurde der Hilfsarbeiter Franz Ballos verhaftet, dem sechs Raubmorde zur Last gelegt werden. Die Leichen seiner Opfer wurden in der Umgegend von Warschau auf freiem Felde aufgefunden. — In der Landwirtschaftsbank in Warschau wurde ein großer Diebstahl von Safetydepositen aufgedeckt. Es wurden Juwelen im Betrage von 200 Millionen Mark gestohlen.

Eine Justiztabelle.

In der „W. a. M." macht Ignaz Wrobel folgende interessante Tabelle über das Wirken der Justiz auf:

Angeklagte	Vergehen	Strafe
Junker v. Kaehne	Ueberfall auf ein harmloses Reiseautomobil. Drei Gewehrkugeln.	10 000 Mk. Geldstrafe.
Heinrich Berth, Otto Jungermann	Streichen nachts ein Hohenzollerndenkmal rot an. Dummerjungenstreich.	Beide je 2 Jahre Gefängnis.
Oberamtmann Frick, ehemaliger Leiter der bayerischen Polizei	Bezeichnet Redakteure eines USP.-Blattes als „Schweinehunde". Aeußerung zum Betriebsrat: „Gebt ihnen doch an die Kehle!"	200 Mark Geldstrafe.
Reichswehrsoldaten Fischer und Standke	Geben die letzte Bitte eines Sterbenden weiter; benachrichtigen den Vater des toten Kameraden über die Gründe des Selbstmordes seines Sohnes.	43 Tage Gefängnis. 3 Wochen Arrest.
Gräfin Eleonore v. Schlieffen	Dingen einen Mörder, um einen Verwandten, den sie beerben können, aus dem Wege zu räumen.	2 Jahre Gefängnis.
Hanns Heinrich v. Schlieffen		1½ Jahre Gefängnis.
Rössel	Der gedungene Mörder	3 Jahre Gefängn.
USP.-Redakteur Berthold	Hat den Ausdruck „Klassenjustiz" gebraucht	5 Monate Gefängnis.

Die Tabelle ist sehr anschaulich, aber bei weitem nicht vollständig. Man könnte z. B. hinzufügen, daß deutschnationale Jünglinge für das Herabdrehen der roten Fahne vor dem Parteiagitationslokale in Görlitz 150 Mark Geldstrafe erhielten, dagegen sozialistische Arbeiter für das Herabdrehen einer schwarz-weiß-roten Fahne am Parteilokal der Deutschen Volkspartei drei Monate Gefängnis.

Herr v. Kaehne.

Der Schießheld auf Schloß Petzow, Herr v. Kaehne, hat vor einiger Zeit gegen verschiedene Berliner Zeitungen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Jetzt wird gemeldet, daß Herr v. Kaehne alle deutschen Zeitungen wegen Beleidigung verklagen will, die ihn wegen des Vorfalls mit dem Arbeiter Nietert angegriffen haben. In dem Ermittlungsverfahren, das der Potsdamer Untersuchungsrichter gegen Herrn von Kaehne eingeleitet hat, ist bisher noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob eine Anklage wegen Totschlags erhoben oder das Verfahren eingestellt wird. Gegen den Arbeiter Nietert soll aber ein Verfahren wegen Bedrohung und wegen Forstfrevels eingeleitet werden.

Gerichtlicher Mörderschutz.

Der amtliche Preußische Pressedienst berichtet: Der Schriftleiter des „Spandauer Tageblattes" und des mit diesem durch Satzgemeinschaft verbundenen „Völkischen Tageblattes", Günther Lehmann in Berlin-Friedenau, ist wegen des vor einiger Zeit erschienenen Artikels: „Aufs Schafott! Das zweite Opfer: Helio von Gerlach" von der Strafkammer beim Landgericht 2 wegen Vergehens gegen § 111 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuches zu einer Geldstrafe von 200 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu 8 Tagen Gefängnis, verurteilt worden.

Hierzu schreibt der „Vorwärts": Dieses Urteil stellt wieder einmal einen Tiefpunkt unserer heutigen Justiz dar. Es ist das genaue Seitenstück zu der Verurteilung des Herrn Lebius, der zweimal in nachdrücklichster Weise zur Ermordung verschiedener Pazifisten aufgefordert hatte und von einer Berliner Strafkammer ganze 1000 Mark Geldstrafe zudiktiert erhielt.

In Spandau ist man noch billiger. Da kostet die Aufforderung zum Morde gar nur 200 Mark in Papier, was b. dem jetzigen Geldwert etwa 5 Mark alter Währung entspricht. Dafür zum Morde aufreizen zu dürfen, ist allerdings ein billiges Vergnügen, so daß dieses Urteil wohl nur die Wirkung haben kann, zur Nachfolge aufzureizen.

Die Sache ist aber durchaus nicht harmlos. Unsere Zeit ist mit politischen Mordtaten von reaktionärer Seite gesättigt. Die Lebius, Lehmanns usw., die in ihren Blättern fortwährend zum Mord aufreizen, sind die intellektuellen Urheber dieser Taten. Wenn die Justiz sie mit lächerlich kleinen Geldstrafen belegt, so macht sie sich immer wieder zur Mitschuldigen des politischen Mordes.

Die Berufsrichter klagen fortwährend, daß ihre Unabsetzbarkeit von links her bedroht sei. Niemand bedroht die Unabsetzbarkeit des Richters schwerer als Richter der Spandauer Art, die nicht die sittliche Kraft aufbringen, das Leben auch ihres politischen Gegners zu schützen.

Ein pfarrherrlicher Hetzer.

Die Strafkammer in Insterburg verurteilte den Pfarrer Cristoleit in Ragohlen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und Zuwiderhandlung gegen den Kanzelparagraphen (§ 130 a R.-St.-B.) zu zwei Monaten Gefängnis. Cristoleit hatte unter Mißbrauch seines Amtes von der Kanzel herab Beleidigungen gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen, insbesondere Verleumdungen über dessen Privatleben verbreitet. Der Reichspräsident hatte sich als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen. Er ließ sich durch den früheren preußischen Minister des Innern, Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Heine, vertreten.

Gespannt darf man darauf sein, ob das zuständige Konsistorium auch fürderhin der Ansicht ist, daß dieser Herr auf der Kanzel predigen kann.

Der Wehretat im Reichstag.

Nach Eröffnung der Sitzung führt der Berichterstatter des Ausschusses Abg. Stücklen (Soz.) zur zweiten Lesung des Etats des Reichswehrministeriums aus: Der Friedensvertrag gestattet Deutsch-

Landesbibliothek Oldenburg

land, ein Heer von 100 000 Mann und eine Marine von 15 000 Mann aufzustellen. Die neue Heeresorganisation stellt in ihren Grundzügen etwas anderes dar, als es das alte Heer gewesen ist. Die Aufstellung der Reichswehr ist vollendet. Die Ausgaben für Heer und Marine beziffern sich auf 4 227 824 564 Mk. Davon entfallen auf das Heer 3 341 477 038 Mk., auf die Marine 886 347 526 Mark. Das kleine Heer kostet mehr, als wie früher für das große Reichsheer ausgegeben worden ist. Die Ursache liegt darin, daß die Reichswehr ein Söldnerheer darstellt und daß dementsprechend auch die Bezahlung nach ganz anderen Grundsätzen erfolgen muß. Der Redner geht dann auf die Gliederung des Heeres ein und weist die Behauptungen der Franzosen zurück, daß Deutschland noch andere Truppenformationen habe, die im Wehrstat nicht erscheinen. Unsere Nachbarn im Westen brauchen keinerlei Befürchtungen zu haben, daß Deutschland daran denkt, sich in kriegerische Abenteuer einzulassen. Im Ausschuß wurde betont, daß wir zwar ein Heer der Republik haben, aber daß nicht davon gesprochen werden könne, daß wir ein republikanisches Heer hätten. Der Wehrminister glaubte die Frage bejahen zu können, ob die neu geschaffene Wehrmacht rückhaltlos auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehe.

Um den Zustrom zur Reichswehr nicht zu unterbinden, ist es notwendig, ihren Angehörigen die Möglichkeit zu geben, nach Ablauf ihrer Dienstverpflichtung in das Erwerbsleben übertreten zu können. Aus diesen Gründen ist es notwendig, für die Angehörigen der Reichswehr Schulen einzurichten, die die Form von Fachschulen haben müssen. Es muß verhütet werden, daß die Angehörigen der Reichswehr ganz einseitig auf die Beamtenlaufbahn vorbereitet werden. Aus Ersparnisgründen müssen wir unseren Verwaltungsapparat abbauen und können daher nicht die gar Entlassung kommenden Mannschaften der Reichswehr zu Beamten machen. Sie müssen vielmehr ganz nach Neigung und Wahl für bürgerliche Berufe vorbereitet werden.

Lebhafte Klagen wurden über gewisse Vorkommnisse bei der Marine, in denen eine Mißachtung der Republik liegt, vorgebracht. Geklagt wurde, daß gerade in der Marine die reaktionären Bestrebungen noch sehr lebhaft in Erscheinung träten. Von anderer Seite wurde allerdings der Versuch gemacht, darzulegen, daß die einzelnen Vorkommnisse teilweise übertrieben sind und zu den gehegten Befürchtungen keinerlei Anlaß geben. Die Behauptung, daß die in Wilhelmshaven befindlichen Werften, die zum Teil unter der Marineverwaltung, zum Teil unter der Verwaltung der Deutschen Werke stehen, sich gegenseitig Konkurrenz machen, wird nachgeprüft. Was über die Höhe der Kosten beim Heer gesagt wurde, das trifft auch sinngemäß für die Marine zu. Auch der Aufbau der Marine kann als abgeschlossen gelten. Die Härten bei der Eingruppierung der Beamten sollen beseitigt werden. Dazu ist eine Reform des Besoldungsgesetzes notwendig. (Beifall.)

Reichswehrminister Dr. Geßler: Der Etat bringt zum ersten Male die Neuorganisation unseres Heeres nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zum Ausdruck. Wir haben nunmehr ein Recht, zu fordern, daß die interalliierten Kontrollkommissionen abgebaut werden. Den immer wieder auftretenden Behauptungen, Deutschland bereite einen Revanchekrieg vor, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Moralisch läßt sich unser Volk nicht abrüsten, wenn es fortgesetzt befürchten muß, von bis an den Zähnen bewaffneten Nachbarländern überfallen zu werden. Wenn der Etat höhere Zahlen zeigt als früher, so muß man bedenken, daß es jetzt Papiermark sind. Daß manches bei der Reichswehr nicht in Ordnung ist, nehme ich nicht an, dazu bin ich nicht naiv genug. Ein Vergehen der Offiziere hat nur Kriegsausbildung. Im Ausschuß habe ich die Frage, ob ich die Erfüllung der verfassungsmäßigen Pflicht bei der Reichswehr garantieren könne, rückhaltlos bejaht. (Ruf: Auch Bayern!) Das Militärgerichtswesen unterliegt jetzt der zivilen Gerichtsbarkeit. Gegen Soldatenmißhandlungen wird mit aller Energie vorgegangen. Verlangen muß ich aber, daß der Mißhandelte Meldung erstattet, zumal nicht von seinem Vorgesetzten darüber entschieden wird.

Der Skandal um Hermes.

In der Sonnabendsitzung des Untersuchungsausschusses gegen Minister Dr. Hermes stellte der Vorsitzende Abg. Fischer (Dem.) fest, daß alle bisherigen Beweisanträge zu der Frage der Auto- und Möbelbeschaffung und zum Fall Augustin erledigt seien. Neue Beweisanträge des Abg. Herz (USz.), die sich auf Zeitungsnachrichten stützten, wurden zurückgezogen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Meldungen irrtümlich waren. Ueber diesen Teil seiner Untersuchungen wird der Ausschuß nunmehr einen abschließenden Bericht feststellen.

Beschlossen wurde einstimmig, unter Zustimmung des Ministers die Untersuchung nun auch auf die Weinangelegenheit auszudehnen. Der ganze in Frage kommende Schriftwechsel und die in dem Protokoll über die in dieser Angelegenheit geführten Ressortbesprechungen sollen dem Ausschuß vorgelegt werden.

Blockfreunde.

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie fordert in einer Rundschrift einen „Block der Vernunft". Dieser Block kommt der von den Deutschnationalen geforderten „Einheitsfront" gleich und wird damit begründet, daß Deutschland unrettbar verloren ist, wenn es nicht gelingt, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens in positiver Leistung zusammenzufassen. U. a. wird auch verlangt, daß die Parteien die wirtschaftliche Notwendigkeit des Tages erkennen. „Geschieht dies nicht" — so heißt es zum Schluß — „so wird die ungeheure Not der Zeit dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft über die Parteien hinweg sich eigene Wege sucht."

Das Betreiben der deutschen Wirtschaftskreise geht schon lange dahin, alle Macht zu erlangen und die Parole „alle Macht der Wirtschaft" ist nicht mehr neu. Neu an der Rundschrift des Hansabundes ist lediglich die Drohung, eigene Wege zu gehen, falls die Parteien nicht hören. Diese Drohung kann hauptsächlich nur für die Deutsche Volkspartei in Frage kommen, da diese Partei bisher wenigstens vorgab, die deutsche Wirtschaft zu vertreten. Es kriselt also im Stalle des Herrn Stresemann! Wenn auch die Sozialdemokratie die Drohung nicht als an sich gerichtet fühlt, so wird sie dennoch bereit sein, die Drohungen der Wirtschaftskreise genügend zu parieren.

Die Besoldungsverhandlungen

Am Sonnabend vormittag verhandelte der geschäftsführende Ausschuß der Verhandlungskommission der Spitzenverbände mit dem Reichsfinanzminister Hermes und später mit der Reichskanzlei über die Fortführung der unterbrochenen Besoldungsverhandlungen. Die Gewerkschaftsvertreter legten gegen die Ablehnung eines Mitgliedes der Verhandlungskommission noch einmal Verwahrung ein. Im Laufe der Verhandlungen wurden verschiedene Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes gemacht, von denen schließlich einer in der Verhandlungskommission zur Annahme gelangte. Demnach werden die weiteren Verhandlungen aus dem Reichsfinanzministerium in die Reichskanzlei verlegt, aber mit Rücksicht auf die notwendige schnelle Erledigung der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der bereits zu Beginn der Verhandlungen am Freitag von den Gewerkschaften bestimmte zwölfgliedrige Ausschuß mit der Weiterführung der Verhandlung beauftragt. Auf dieser Basis sind die Verhandlungen am Sonnabend nachmittag 3½ Uhr wieder aufgenommen worden.

Aus dem preußischen Landtag.

Die Beratung der Vorlagen zum Ausbau der Wasserkräfte von Weser, Fulda und Main, wird fortgesetzt. Der Hauptausschuß will dabei auch das Privatkapital in der Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes beteiligen, während die Sozialdemokraten die Betriebsgesellschaft nur mit dem Reiche oder den Kommunalverbänden bilden wollen. Nach lebhafter Aussprache, in der Abg. Grzesinski (Soz.) nochmals für die Vorlagen und für den Antrag eingetreten ist, daß nur in Verbindung mit dem Reich und den Kommunalverbänden Betriebsgesellschaften gebildet werden sollen, um nicht die Interessen der Allgemeinheit dem Privatkapital auszuliefern, wird in der Abstimmung die Vorlage nach den Anträgen des Hauptausschusses gegen alle drei sozialistischen Parteien angenommen.

Auf Vorschlag des Geschäftsordnungs-Ausschusses werden die Anträge auf Strafverfolgung der Abgg. Kleinpehn (USz.), Dahrin, Kilian, Knoth, Rusch und Kunze (sämtl. Kommunisten) debattenlos abgelehnt. Bei der Beratung des Antrages des Geschäftsordnungsausschusses, die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Scholem (Komm.) wegen versuchten Hochverrats zu erteilen, zur Haftnahme zu versagen, entspinnt sich eine längere Debatte, in der Abg. Dr. S. Rosenfeld (Soz.) erklärt: Die Anklage des Reichsanwalts beruht auf vollkommen haltloser Grundlage. Es hat sich ergeben, daß Unterstützungen von militaristischen Bewegungen gar nicht erfolgt sind und daß die Mitteilungen darüber unwahr sind. In der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bewilligung von 20 Millionen zur Gewährung von Beihilfen aus Anlaß der durch die Hochwasser im Jahre 1920 in Oder-, Warthe- und Netzebruch, sowie in der Oderniederung, in Schlesien und Brandenburg herbeigeführten Beschädigungen, wird nach Zustimmungserklärungen aller Parteien dem Hauptausschuß überwiesen.

Das Mantelgesetz.

Die Vereinigten Steuerausschüsse des Reichstages traten am Sonnabend zur Beratung des Gesetzentwurfes über Neuordnung des Finanzwesens (Mantelgesetz) zusammen. § 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung für diejenigen Kredite, die für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, Mittel im Wege einer in Reichsmark einzahlenden in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen soll. § 2 schreibt vor, daß die 14 Steuergesetze, soweit nicht in ihnen etwas anderes bestimmt ist, einheitlich, gleich mit dem Mantelgesetz, in Kraft treten. Nach kurzen Erklärungen der Parteien, von denen die der Unabhängigen und Deutschnationalen ablehnend waren, wurde das Gesetz von den Steuerausschüssen angenommen.

Politische Rundschau.

Obstruktion im Reichstag. Aus Berlin erhalten wir folgende Zuschrift: Durch die Obstruktion der Kommunisten wurde in den Freitagsitzungen des Reichstages die Beschlußfassung über das Branntweinmonopolgesetz unmöglich gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Kommunisten mit der Obstruktion auch in der kommenden Woche bei der Beratung der Steuergesetze fortfahren. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden deshalb gebeten, in der kommenden Woche vollzählig zu den Sitzungen zu erscheinen und sich für keinerlei Versammlungen zu verpflichten.

Politische Notizen. Nach dem preußischen Pressedienst ist den zuständigen Gerichten von den verschiedenen Klagen v. Kaehnes gegen die Zeitungen noch nichts bekannt.

Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat in einer gemeinsamen Sitzung mit den Redakteuren der Parteipresse die innerpolitische Lage besprochen. Genosse Hermann Müller erläuterte in einem Referat, daß die Sozialdemokratie mit einer Neuwahl des Reichspräsidenten für die nächsten Monate rechne. Voraussetzung sei die endgültige Lösung der oberschlesischen Frage und die Räumung Oberschlesiens durch die Ententetruppen. Verhandlungen der Parteien über den Präsidentschaftskandidaten hätten noch nicht stattgefunden. Ein General oder Admiral käme für die Sozialdemokratie schon aus außenpolitischen Gründen nicht in Frage.

Wettervorhersage.

Morgen heiter, trocken, tagsüber mild, Nachtfrostgefahr, schwache nordöstliche Winde.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

(Starke Erhöhung der Indexziffer. — Preiserhöhung für Kohle und Eisen. — Stillegung von Hüttenwerken. — Die Entwertung der Mark. — Die neue Preiswelle. — Die Aussichten für Genua. — Die Zwangsanleihe. — Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft. — Der Gewinn der Bayreuther Baumwollenspinnerei.)

Die Befürchtung, die wir äußerten, als im Monat Februar die Indexzahl für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung sich abermals gegenüber dem Januar erheblich steigern würde, bestätigt sich. Die Indexzahl ist von 1640 auf 1989 gestiegen und erreicht damit einen Plus von 349 Punkten resp. 21,3 Prozent im Vergleich zu dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 120,8 Prozent. Leider dürfte damit der Höhepunkt in der Preisentwicklung noch nicht eingetreten sein, denn der Monat März bringt bereits wieder erhebliche Preissteigerungen auf allen Gebieten. Allen voran steht wiederum eine Erhöhung der Kohlenpreise, die einschließlich der Steuer einen Aufschlag von 133,55 Mark pro Tonne erfordert. Die Preiserhöhung ist notwendig geworden durch eine Lohnerhöhung, die für das Ruhrgebiet, und das rheinische Braunkohlengebiet 19,45 Mark pro Schicht und für den mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau 15,15 Mark einschließlich Kindergeld im Durchschnitt beträgt. In die erhöhte Preiskalkulation sind außerdem dem Bergbau 18 Mark pro Tonne höhere Abschreibung zugebilligt, damit er in der Lage ist, Betriebseinrichtungen zu erneuern und zu erweitern und neue Schachtanlagen zu betreiben. Wir würden mit dieser Preiserhöhung nahezu an die Weltmarktpreise gelangen, wenn nicht mittlerweile durch eine weitere sehr starke Entwertung der Mark eine entsprechende Erhöhung der ausländischen Kohlenpreise für uns eingetreten wäre.

Auf einem wichtigen Gebiet unserer Rohstofferzeugung, dem Roheisenmarkt, ist gleichfalls eine Heraufsetzung der Preise zu verzeichnen, die einen starken Einfluß ausüben muß auf die gesamte verarbeitende Industrie. Roheisen war noch im November vorigen Jahres die Tonne mit 2200 Mark angesetzt, es ging im Februar auf 3447 Mark hinauf und erreicht nun im März 4212 Mark. Diese Preiserhöhung, der die Stabeisenpreise im gleichen Ausmaße gefolgt sind, hat zur Folge gehabt, daß die Inlandspreise zeitweise die Preisbemessung im Ausland überschritten hatten. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß hier eine Uebertreibung in der Preisfestsetzung eingetreten ist; denn die deutsche Industrie ist immer noch in der Lage, billiger zu fabrizieren als das Ausland. Es muß also, wenn der Preis über den Auslandsmarkt hinausgeht, eine Uebersetzung in der Preisberechnung der heimischen Industrie vorhanden sein. Stabeisen war im November vorigen Jahres mit 4500 Mark die Tonne angeboten und ist nunmehr auf 7060 Mark hinaufgeschnellt. Die Preislage ist beeinflußt durch ungünstigen Stand in der Kokosversorgung der Hüttenwerke. Wie berichtet wird, mußten in größerem Umfange bei den Hüttenwerken Einschränkungen in der Produktion erfolgen. Um nur einige Beispiele anzuführen: So war die Rieder Hütte genötigt, 4 von ihren 6 Hochöfen stillzulegen, da ihr die Kokszufuhr um die Hälfte gekürzt wurde. Die weitere Folge war, daß das Walzwerk Peine nicht aufrecht erhalten werden konnte. Im Siegener Bezirk sahen sich die Geisweider Eisenwerke genötigt, im Februar 14 Tage lang ihren Betrieb stillzulegen, so daß 2000 Arbeiter außer Beschäftigung waren, da auch hier die Kohlenzufuhr fast vollständig stockte. Aehnliche Unterbrechungen werden von anderen Seiten gemeldet.

Unter diesen Umständen muß die weitere Entwertung der Mark mit banger Sorge betrachtet werden, da das Anschwellen der Preiswelle nicht aufzuhalten ist. Den Sturz der Mark erklärt die stetige andauernde Inanspruchnahme des Devisenmarktes, die infolge der Aufbringung der Summen, die die Entente fordert, eingetreten ist. Innerhalb 6 Wochen ist die deutsche Regierung genötigt gewesen, 155 Millionen Mark in Gold an die Entente abzuführen. Die gleichzeitige Inanspruchnahme des Devisenmarktes durch Einkäufe von Rohstoffen und Lebensmitteln hat die Nachfrage so gesteigert, daß die Aufwärtsbewegung erklärlich wird. Dazu kommt, daß sicherlich der Exporthandel und die Industrie, soweit sie ausländische Zahlungsmittel in Besitz bekommen, diese zurückhalten, denn jedes Fallen der Mark bedeutet hier einen Gewinn. Dazu kommt, daß die Reichsbank genötigt war, im Februar 4,38 Milliarden Mark Papiergeld neu in Umlauf zu setzen. Wir werden müssen aus dieser finanziellen Notlage nicht herauskommen, wenn sich nicht die Entente dazu versteht, in ihren Forderungen erheblich zurückzugehen. Kommt sie zu dieser Einsicht nicht, so werden wir selber damit zu rechnen haben, daß die Entwertung der Mark weitere Fortschritte macht und auf dem internationalen Markt sich alle die üblen Wirkungen im erhöhten Maße zeigen werden.

Ob Genua und die Lösung der Frage bringen wird, ob es möglich ist, zu einer ruhigen verständigen Wertung der Gesamtlage des europäischen Wirtschaftsproblems zu kommen, ist sehr fraglich. Die Rolle derjenigen, die eine objektive Wiedergabe der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation geben können, ist besonders in Frankreich sehr gering. Man wird dort nach wie vor reichlich mit Schlagworten herum. Von einer wirklichen einsehenden Untersuchung der Industrieverhältnisse ist nur wenig zu verspüren. Wohl hat die französische sozialistische Partei durch ihre Vertretung auf der Genfer Konferenz klar zu erkennen gegeben, daß sie über das Verhalten der gegenwärtigen Politik der französischen Regierung nicht im Zweifel ist, aber ihr Einfluß gegen den nationalistischen Block der Kammer ist gering.

Sehr bemerkenswert ist es, daß von Amerika wiederholt Anregungen kommen, um von dort aus den Ueberblick der Großmächte dieselbe zu machen für eine große Kreditorganisation. Der amerikanische Senator Owen macht den Vorschlag, aus der Bundesreservebank 500 Millionen Dollar auszuscheiden als Grundlage für eine europäische Bank, die von Washington aus geleitet werden soll. Der Vorschlag ist sehr gut gemeint, wir scheint auch in Amerika nicht gerade sehr große Neigung zu bestehen, die europäische Finanzkalamität durch diese Gelder in die eigenen Verhältnisse zu lösen. Auch uns wäre nicht damit geholfen, denn eine größere Verschuldung, daraus käme es hinaus, bringt nicht die Lösung unserer Finanzkalamität. Für uns ist es nur eine Erleichterung, daß ist die Reparationslasten müssen für einige Jahre vorläufig verschwinden, wenn wir zu geordneten Verhältnissen kommen wollen. Jede Belastung, auch nur in erwähnendem Umfange, wie sie in Genua in Aussicht genommen wird, bringt uns nicht vorwärts, sondern drückt uns weiter abwärts.

Die Bewilligung in der Gesamtlage von annähernd 100 Milliarden neuer Steuern löst das deutsche Finanzproblem nicht, denn das Defizit im Etat bleibt trotzdem so hoch, daß ein Ausgleich nur mit einer noch erheblich größeren Summe möglich wäre. Deshalb die Zwangsanleihe ist nur ein Notbehelf. Dennoch muß dieser Weg beschritten werden und wir müssen deshalb darauf achten, daß nicht der Ertrag und unter den Händen zerrinnt. Der Vorschlag, daß das Finanzministerium den Parteien unterbreitet, auf der Zeichnungsbescheinigung den Betrag der Zwangsanleihe zu bemerken, der der Einzelne aufzubringen hat, würde die Anlage vereinfachen, aber es bleibt die große Gefahr bestehen, daß, wenn nicht sehr erhebliche Strafen für zu geringe Einschätzung festgelegt werden, auf diesem Wege der Ertrag nur sehr gering sein würde. Wahrscheinlich würden wir auch zu einer schärferen Zufassung in die Vermögensverhältnisse der Landwirtschaft nicht gelangen, wenn diese Selbsteinschätzung Grundlage für die Aufbringung der Anleihe wäre. Es liegt nahe, bei der Landwirtschaft heute die Aufbringung der Zwangsanleihe abhängig zu machen von der Größe ihres Besitzes. Die Landwirtschaft hat in diesem Wirtschaftsjahr so enorme Preiserhöhungen für ihre Produkte zu verzeichnen, daß hier Riesengewinne eingegangen sind, an denen die Steuerverwaltung nicht achtlos vorübergehen kann.

Bei der Gelegenheit sei ein Einwand gegen die Zwangsanleihe gewürdigt, der dahin geht, daß uns die Zwangsanleihe auch keine Milderung des Notenumlaufs bringen würde. Man argumentiert so, daß durch die Zwangsanleihen Schatzanweisungen wieder in die Reichsbank zurückfließen, um die Aufnahme der Zwangsanleihe zu ermöglichen. Dieser Einwand geht deshalb fehl, weil bei jeder steuerlichen Belastung, sofern sie in die Vermögensverhältnisse eingreift, der Rückfluß von Schatzanweisungen denkbar ist. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß insbesondere in der Landwirtschaft Riesenvermögen in barem Gelde niedergelegt sind, die bei einer Zwangsanleihe zum Vorschein kommen. Es kommt ferner hinzu, daß auch bei dieser Zwangsanleihe, ein erheblicher Betrag aus laufenden Einnahmen der Zensiten gedeckt werden wird, so daß der Zweck dieser Anleihe, den Umlauf der Notenpresse zu mildern, erreicht werden muß. Erreichen wir durch finanzpolitische Maßnahmen keine Verminderung des Papiergeldumlaufs, so bleiben alle Bemühungen, die Preisentwicklung zu halten, und die Mark zu einem stabilen Wertfaktor zu machen, zwecklos. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit von der Sozialdemokratischen Partei verlangt werden, daß in die großen Vermögensbestände eingegriffen wird, weil wir sonst rettungslos weiter abwärts gleiten.

Der Kapitalbedarf der deutschen Unternehmungen hatte im Februar wiederum einen erheblichen Umfang angenommen. Es ist die Neugründung von 111 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 822,1 Millionen Mark zu verzeichnen; während die Kapitalserhöhung der bestehenden Gesellschaften sich auf 1247,8 Millionen Mark beläuft. Einschließlich der zur Ausgabe gelangten Obligationen ist der Kapitalmarkt in Anspruch genommen mit 2100,9 Millionen Mark. Je mehr die Papierflut anwächst, je stärker der Anreiz zur Kapitalerhöhung der industriellen Unternehmungen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie einzelne industrielle Unternehmungen die Verwässerung ihres Aktienkapitals betreiben, bietet wiederum der Geschäftsbericht der Baumwollspinnerei in Bayreuth. Diese Gesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark einen Reingewinn zu verzeichnen von 18,11 Millionen Mark. Nachdem 4 Millionen für Werkerhaltung, 1 Million für Sonderrücklagen und 320 000 Mark für Erneuerungskonto angebucht sind, erhalten die Aktionäre zum dritten Male innerhalb drei Jahren Freiaktien und zwar werden sie 6,75 Millionen Neuaktien, die bereits vom 1. Januar 1921 dividendenberechtigt sind, den Aktionären im Verhältnis von 1 : 2 zur Verfügung gestellt. Die Dividende für die Aktionäre beträgt 35 Prozent. Diese Geschäftsergebnisse lassen zugleich erkennen, welche Riesengewinne in einer Industrie herausgedrückt werden, die einen so wichtigen Bedarfsartikel herstellt. Mit den hochgehenden Baumwollpreisen verstehe man es, die Preise für Garne so zu steigern, daß die Aktionäre überreichlich dotiert werden, während die große Masse der Bevölkerung klagt, daß es ihr nicht möglich ist, den dringendsten Bedarf an Wäsche und Kleidung zu befriedigen.

Landesbibliothek Oldenburg

Schau der deutschen Arbeit.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Den Höhepunkt der Leipziger Messe — deren Besucherzahl am vierten Tage bereits 135 000 betrug — stellt zweifellos die Technische Messe auf dem städtischen Ausstellungsgelände dar. Hier ist alles vermieden, was die Feilbietung der Produkte unübersichtlich macht. Hier sind die Waren — ähnlich wie in einzelnen wenigen Meßpalästen der Innenstadt — nach Branchen gruppiert und ermöglichen es dem Beschauer, gleichsam einen Querschnitt aus der industriellen Leistung des modernen Deutschlands zu ziehen. Hier haben die großen Konzerne, deren Aufgabe die Herstellung wertvoller Werkzeugmaschinen, elektrotechnischer Artikel, landwirtschaftlicher Maschinen und Automobile ist, ihre Fertigfabrikate ausgestellt, um sie in- und ausländischen Einkäufern anzubieten.

Für die Arbeiterschaft ist diese Warenschau von besonderem Wert. Sie sollte der Wallfahrtsort aller Teilnehmer an Gewerkschafts- und Betriebsräteschulen werden, wenn diese dem theoretisch Gelernten den Eindruck des fertigen Werkes hinzufügen wollen. In ungeheurer Fülle drängt sich auf dem engen Raum am Fuße des Völkerschlachtdenkmals die Sammlung der deutschen Fertigwaren zusammen. Etwas Symbolisches hat das Bild. Oben das Denkmal der Befreiungskriege, wo die trotz des dritten Friedrich Wilhelm mit Oesterreichern und Russen gereinten Preußen gegen Napoleon fochten. Gegen denselben Napoleon, der in den von Franzosen besetzten deutschen Landen den Wegebau und die Regulierung der Elbe mit einem Eifer hat fortführen lassen, der von den Preußen seit Jahrzehnten vergessen worden war.

Heute stehen an dieser Stelle Maschinen im Werte von Milliarden. Nur Muster sind es. Aber eben, weil es Muster sind, Stücke, die die deutsche Leistungsfähigkeit gegenüber dem Ausland dokumentieren sollen, zeigen sie die deutsche Produktionsmöglichkeit. Die Meßstände drängen sich neben Inlandsvertretern Holländer und Franzosen, auch Vertreter des fernen Ostens sieht man. Das ist das Wahrzeichen, das erkennen läßt, daß die Industrie tatsächlich mindestens unter den heutigen Verhältnissen dem Auslande gegenüber noch konkurrenzfähig ist, und daß sich die deutsche Qualitätsarbeit internationaler Anerkennung erfreut. Hier weteifern nebeneinander die kostbarsten Fabrikate der größten industriellen Konzerne: AEG. und Siemens, Rathenau und Stinnes stoßen sich im engen Raum. Und trotzdem ist es nicht der erbitterte Wettkampf herrt, die einander zu überbieten haben sondern sorgfältige Einstellung auf diejenigen besonderen Leistungen, für die der eigene Betrieb nach jahrzehntelanger Erfahrung sich als besonders geeignet erwiesen hat. Und neben dem Gruben findet sich die riesige Zahl kleinerer, gleichwohl beachtlicher Produzenten aus allen Gebieten der Elektro- und Maschinenindustrie. Besonders treten hervor die Darbietungen der Firma Krupp, die einstmals die ganze Welt mit Waffen belieferte (damit die Völker gegeneinander kämpfen konnten), heute aber mit landwirtschaftlichen Maschinen, mit den von der Entente so wenig geliebten Dieselmotoren, mit Werkzeugmaschinen, Werkzeugen, Präzisionsinstrumenten und Tafelgerät den Anbegriff friedlichster Friedensarbeit aufzeigt — was auch von Herrn Roller und seinen Freunden gesehen werden sollte. Erfolgreich in der Konkurrenz mit diesen alten Großkonzernen sind die Deutschen Werke A.-G., die ebenfalls in Präzisionsarbeit auf den verschiedensten Gebieten industrieller Fertigung Hervorragendes leisten.

Aber das sind nur einige Namen. Indem man sie nennt, tut man Unrecht der großen Zahl anderer Wettbewerber, die qualitativ und quantitativ nicht weniger leisten, aber auf dem beschränkten Raume eines Zeitungsartikels keine besondere Würdigung finden können.

Unwillkürlich drängen sich bei diesem Bild konzentrierter Arbeit zwei Gedanken auf: der eine, der forscht, wie wohl die Moskowiter Kommunisten diese Summe dieseitiger Arbeit auf das Schema F der längst preisgegebenen bolschewistischen Wirtschaftspolitik bringen wollen, und der andere: warum diese Summe von Arbeitskonzentration nicht noch mehr als bisher die Befreiung des Menschen von der Arbeit gebracht hat. Vom erhöhten Platz schaut man aber eine Halle vor Werkzeugmaschinen, die dicht nebeneinander stehen und in voller Tätigkeit dem neugierigen Beschauer und dem profitlüsternen Einkäufer vorgeführt werden. Eine einzige Maschine leistet in wenigen Stunden das, was kunstfertige Schlosser und Schmiede vor einem Jahrhundert in Wochen, Monaten, vielleicht Jahren kaum hätten leisten können...

Hier bieten Verkäufer Käufern ihre Ware dar. Dann muß man es nachsehen, wenn bei der Darbietung der Erzeugnisse zwar überall die pompösen Namen der Firmen genannt sind, von denen jeder weiß, welche Geldgeber hinter ihnen stehen, von denen jedoch keiner sagt, daß auch die deutsche Arbeiterschaft ihr Teil an der Leistung hat, die hier dargeboten wird, und in ihrem Interesse ist zu wünschen, daß die Frühjahrsmesse zu einem vollen Erfolg führt. Die Anzeichen der ersten Tage deuten darauf hin, daß es der Fall sein wird.

Vereinzelt finden sich unter den Firmen solche, die lediglich dekorationshalber dastehen. Sie sind über Wochen und Monate hinaus beschäftigt und haben gar nicht die Absicht, große Aufträge mit kurzer Lieferungsfrist hereinzunehmen, weil man nicht weiß, was noch aus der Valuta werden kann. Das ist wenigstens auf der Technischen Messe der Fall als bei den übrigen Firmen derarbeitender Industrien, z. B. der Textilindustrie und der Industrie der Schnitt- und Formerstoffe.

Kann man so hoffen, daß diese Messe dem Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie eine wesentliche Stütze sein wird, so wird diese Aussicht bestärkt durch die rege Beteiligung und den starken Besuch der Baumesse. Hier ist in der Tat Deutschland berufen, führend zu sein. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes, die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit beim Wohnungsbau und bei der Ausstattung der Wohnungen hat eine große Zahl verschiedenster Versuche zu sparsamer Bauwirtschaft und zur möglichst zweckmäßigen Ausnutzung der Ofenwärme gefördert. Die Erfahrungen, die die deutsche Industrie auf diesem Gebiete gemacht hat, werden ihr fraglos dem Wiederaufbau der zerstörten Gegenden außerordentlich zugute kommen. Zwar sind die Preise, an deutschen Begriffen gemessen, hoch. Aber gleichwohl werden sie kein Hemmnis sein, wenn sich mit ihnen wirkliche Qualitätsleistung verbindet — zumal es die Valuta den Fremdstaaten leicht macht, auch hohe Preise zu zahlen. Aussteller beteiligen, daß Interesse und Nachfrage nach diesen Artikeln beim Auslande recht erheblich sind.

Wir können das nur wünschen, je mehr die Industrie durch die Anschaffung ihrer Produktionskosten an die Gestehungskosten der hochspekulativen Industrie fortschreitet. Ganz abgesehen davon, daß es die vornehmste Aufgabe des deutschen Volkes ist und bleiben muß, durch Ausnutzung seiner industriellen Erfahrungen dem Wiederaufbau der Welt und der Beseitigung des Völkerhasses nach besten Kräften zu dienen!

Vermischtes.

Gefangenenausbrüche vor fünfundzwanzig Jahren. Sir Basil Thomson, der kürzlich von seinem Amt als Chef der politischen Polizei in London zurückgetreten ist, veröffentlicht im „London Magazine" fesselnde Erinnerungen aus seiner Praxis als Gefängnisdirektor. Als solcher waltete er im Jahre 1896 in Liverpool, zu einer Zeit, in der als Disziplinarstrafen noch der „Leierkasten" und die „Treimühle" in Gebrauch waren. Jener war von Apostel als Strafmittel für die Fluchthäusler eingeführt worden. In jeder Zelle befand sich eine Kurbel, und alle diese Kurbeln standen mit einem System von Kurbeln auf dem Korridor in Verbindung, deren Drehung dem aufsichtsführenden Wärter die Kontrolle gestattete. Jeder Verurteilte mußte täglich einige tausend Kurbeldrehungen vollführen, die der Wärter genau zählen mußte. Es war eine besondere Verschärfung der Strafe, daß der Verurteilte genau wußte, daß seine Arbeit keinem Zweck diente. Die Treimühle dagegen diente wenigstens praktischer Arbeit. Im Gefängnis von Liverpool z. B. wurde sie zum Wasserpumpen benutzt. Zu diesem Zweck waren zwei große Zylinder angebracht, die durch lange Trittbretter, auf denen die Verurteilten auf der Stelle treten mußten, in Bewegung gesetzt wurden, wodurch ein Schöpfrad in Gang gesetzt wurde, das die Schöpfarbeit ausführte. In Liverpool arbeiteten in der Treimühle täglich 80—100 Mann. Ein Wärter überwachte die Arbeit und sah darauf, daß jeweils zehn Minuten gearbeitet wurde, worauf eine Pause von fünf Minuten eintrat. Diejenigen Häftlinge, die dem Rade Wasser und Brot vorzogen, waren im Hintergrunde des Arbeitssaales mit dem Gesicht zur Wand aufgestellt.

Oldenburg und Ostfriesland.

Verhandlungen über den Schiedsspruch der Werften.

Nachdem der Schiedsspruch von den Arbeitern auf den Werften angenommen ist, haben die Organisationen beim Reichsarbeitsministerium den Antrag gestellt, daß, falls die Werften den Schiedsspruch ablehnen, die Verbindlichkeit ausgesprochen wird. Die Werftunternehmer haben nun den Schiedsspruch abgelehnt mit der Begründung, daß derselbe technisch nicht durchführbar sei und mit den Pfennigen nicht gerechnet werden könne. Sie haben sich aber bereit erklärt, über die technische Durchführung mit den Organisationen zu verhandeln. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb vorgeschlagen, daß die Organisationen über die technische Frage nochmals mit den Werften verhandeln sollen. Sollte es zu keiner Einigung kommen, ist sofort Mitteilung zu machen, damit das Reichsarbeitsministerium dann zu dem von den Organisationen gestellten Antrag auf Verbindlichkeitserklärung Stellung nehmen kann. Es wird aber dringend empfohlen, den Versuch zu machen, die technischen Schwierigkeiten zu beheben. Die Verhandlungen über die technische Frage des Schiedsspruches finden heute in Hamburg statt.

Parteiversammlung.

In der am Sonnabend im „Donnbeicher Hof" abgehaltenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins Rüstringen-Wilhelmshaven gab Genosse Frerichs zunächst den Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1921. Die Versammlung nahm denselben zur Kenntnis.

Im Mittelgrunde der Erörterungen stand die Frage der Einbringung des Elektrizitätswerkes in die G. m. b. H. Die einleitenden Ausführungen machte Genosse Frerichs. Ueber die Sachlage selbst sind ja unsere Mitglieder unterrichtet. Genosse Frerichs konnte darauf verweisen, daß die durch die Agitation der Gegner der Vorlage hervorgerufene Erregung in der Bevölkerung, vor allem aber unter unseren Genossen, soweit sie davon ergriffen waren, merklich abflaut. Nicht zutreffend sei, daß die Parteigenossen nicht früh genug unterrichtet wären. Das sei geschehen, nachdem ein festes Angebot des anderen Kontrahenten vorlag. Wenn von den Unabhängigen die Angelegenheit früher in größerem Kreise erörtert sei, so haben sie einen Vertrauensbruch begangen. Hierzu dürften unsere Stadtratsmitglieder sich nicht herbeilassen. Zu der Protestaktion sagte er, daß die formalen Fehler nach seiner Ansicht nicht dazu führen dürften, daß der Magistrat die Listen nicht weiterleitet. Auch die Fraktion würde dieser Ansicht sein. Der Magistrat möge die Listen nach dem Ministerium in Oldenburg weiterleiten und das könne dann entscheiden. Zu bemerken sei noch, daß viele Unterschriften zurückgezogen würden, nachdem die Unterzeichner erkannten, daß sie durch unzutreffende Angaben hingeleitet seien.

Gen. Küstermann ist in der Sache selbst der gleichen Ansicht wie die Fraktion. Er hält es für richtig, daß in Zukunft die Partei sich eher mit solchen Fragen befaßt. Die kleine Gruppe der Vertrauensleute wäre dem Ansturm der Unabhängigen und Kommunisten nicht gewachsen gewesen. Viele Genossen laufen erst einmal gedankenlos diesen Leuten nach.

Die Genossen Dood und Obst erklären, daß Küstermann irrt, wenn er annimmt, die Genossen wären nicht unterrichtet. Wenn die USP. früher herauskam, war es Vertrauensbruch.

Gen. Nieter: Was Küstermann wünscht, ist nicht immer möglich. Wenn man verhandelt, darf man dem Gegner nicht die Karten offen darlegen. Als ein notarielles Angebot vorlag, ist die Oeffentlichkeit unterrichtet. Wenn die Genossen wollen, können sie auch jetzt noch die Vorlage zu Fall bringen. Die große Mehrheit derselben wünscht dieses aber nicht.

Gen. Doppeit ist der Ansicht wie Küstermann, der nochmals in demselben Sinne spricht wie vordem.

Gen. Janßen billigt das nicht, was Küstermann sagt. Im übrigen spricht er sich für die Vorlage aus.

Gen. Harms ist der Ansicht, eine solche Frage müsse durch die Parteigenossen entschieden werden. Er geht näher auf das Sachliche ein und ist der Ansicht, daß der Gasverbrauch keine große Zukunft mehr habe. Er ist Gegner der Einbringung.

Gen. Bäuerle führt aus, daß Küstermanns Wunsch an sich nicht unberechtigt sei. Auch den Fraktionen sei es lieber, wenn sie sich auf die breite Basis der Parteigenossen stützen könnten. Wenn irgend möglich, würden die Genossen dieser Forderung Rechnung tragen. Hierüber herrsche wohl nur eine Ansicht. Die Veränderung des Elektrizitätswerkes sei auch nicht die erste Veränderung. Bei der Verpachtung der Landstellen haben die Unabhängigen keine große Aktion unternommen. Jetzt aber glauben sie, für sich agitieren zu können. Wenn die Unabhängigen und Kommunisten hätten aufklären wollen, wäre das viel früher geschehen.

Die Genossen Focken und Nieter gehen nochmals auf die sachlichen Fragen ein. Beide treten der Ansicht des Gen. Harms entgegen und führen aus, daß die Gasversorgung noch eine große Zukunft habe. Nieter kennzeichnet noch das Verhalten der USP.-Fraktion während der Beratungen. Nicht ein einziges mal hätten sie versucht, sachliche Vorschläge zu machen. Sie haben nur erklärt, sie wären grundsätzlich Gegner der Vorlage. Auch haben sie bisher unterlassen, ihre Gründe, die sie zur Ablehnung führten, darzulegen. Bis zur öffentlichen Sitzung am deutigen Montag wollen sie ihr Pulver trocken halten. Es ist ihnen nicht um Aufklärung, sondern nur um Agitation zu tun. Weiter teilte er noch mit, daß ihm viele Mitteilungen zugegangen, in welchen die Unterschriften zurückgezogen wären. Es ist vorgekommen, daß Kinder für ihre Eltern und Frauen für die Männer unterschrieben hatten.

Gen. Hug ging noch auf die grundsätzliche Stellung, die zu der Frage einzunehmen ist, ein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur der Kommunalpolitiker, sondern auch der Sozialdemokrat der Vorlage unbedenklich zustimmen kann. Der USP. ist es nur um Werbung für ihre Partei zu tun. Sie sind mit ihre Listen nach den Angehörigen aller Parteien, von denen sie annehmen konnten, daß sie hineinfallen würden, gegangen. Bei ihnen handelt es sich um eine Wahl, von der sie einen Gewinn erhoffen. Es zeigt sich aber, daß sie durch ihre Niederlage nichts gelernt haben. Die Parteigenossen müßten doch endlich einmal erkennen, daß sie sich durch solche Handlungen, wie sie von der USP. unternommen würden, nicht einfangen lassen sollten.

Nach kurzen Bemerkungen der Genossen Harms und Brand machte Gen. Frerichs noch einige sachliche Ausführungen. Er bemerkte noch, die scheinbare Popularität der Unabhängigen und Kommunisten, die sie sich durch unrichtige Angaben errungen hätten, würde bald zusammenbrechen. Hierzu wären sie nicht zu beneiden. Die Genossen sollten in den Betrieben nicht immer auf den Schwindel der anderen hineinfallen, sondern mehr Vertrauen zu denen haben, die sie als ihre Vertreter bestimmt haben. Das sind doch Genossen, die sie kennen, und bei denen sie die Gewähr haben, daß alle Fragen gewissenhaft geprüft würden.

Die Abstimmung ergab, daß die Versammlung mit der Haltung der Fraktion einverstanden war. Nur 6 Stimmen waren dagegen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Keine ungenügende Bezahlung der Kassenärzte.

Uns wird geschrieben: In Nr. 60 des „Wilhelmshavener Tageblattes" vom Sonnabend den 11. März d. J., ist eine Notiz enthalten, wonach die Kassenärzte der Jadestädte für das 3. Vierteljahr 1921 auf das bisherige Pauschalhonorar eine Nachzahlung von 35 bis 40 v. H. erhalten haben. Mit einer solchen Mitteilung wird anscheinend versucht, dem Publikum glaubhaft zu machen, daß die Kassenärzte eine ungenügende Bezahlung erhalten. Tatsache ist aber, daß die praktischen Aerzte von der Allgemeinen Ortskrankenkasse hierselbst für das 3. Vierteljahr 1921 40 Prozent und für das 4. Vierteljahr 1921 75 Prozent Nachzahlung erhalten haben. Die Spezialärzte, welche nach Einzelleistungen honoriert werden, haben 35 Prozent für das 3. Vierteljahr und 65 Prozent für das 4. Vierteljahr 1921 nachgezahlt erhalten. Wenn in der Notiz von einer Einigung zwischen Aerzten und Krankenkasse gesprochen wird und dabei nur die niedrigsten Sätze der gewährten Nachzahlung Erwähnung finden, so ist dieselbe unvollständig, indem in selbiger die bereits schon gewährten höheren Nachzahlungen nicht genannt werden. Obwohl die Nachzahlung für das 3. und 4. Vierteljahr schon seit einigen Wochen erfolgt ist, wird in der Notiz nur das 3. Vierteljahr mit den niedrigsten Sätzen hervorgehoben, während das 4. Vierteljahr mit den bedeutend höheren Sätzen unberücksichtigt gelassen wird.

Statistische Fragebogen des Gewerkschaftskartells.

Vom Ortsausschuß Rüstringen-Wilhelmshaven des ADGB. sind den angeschlossenen Organisationen Fragebogen über den Familienstand, die politische und konsumgenossenschaftliche Zugehörigkeit usw. der einzelnen Mitglieder zugestellt worden, die von den Gewerkschaftsmitgliedern auszufüllen und umgehend an ihre Ortsverwaltung zurückzugeben sind. Da diese Statistik von allergrößtem Werte ist, wird erwartet, daß jedes Verbandsmitglied einen solchen Fragebogen ausfüllt und denselben an seinen Unterkassierer zurückgibt. Wer keinen Fragebogen erhalten hat, möge einen solchen von den Verbandsfunktionären einfordern.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 13. März.

pr. Volkshochschulkursus für Astronomie. Morgen (Dienstag) abend findet im Rüstringer Realgymnasium der zweite Kursusabend des Studienrats Bindel statt. Der erste Abend hat sehr angesprochen, indem den Hörern in strenger und dennoch anschaulicher Form astronomische Grundbegriffe geboten wurden. Es ist jetzt, da die Stoffbehandlung noch im Anfange steht, durchaus möglich, für solche, die den ersten Vortragsabend versäumt haben, den Anschluß zu finden, und es kann nur dringend geraten werden, die gebotene Gelegenheit wahrzunehmen. Der Vortragende wird morgen abend über die Fixsternwelt und über die Folgen der Extrotation sprechen.

Kleinverpachtung. Das Reichsvermögensamt macht bekannt, daß verschiedenes Kleingartenland neu verpachtet werden soll. Die Kleingartenpächter, die Land vom Vermögensamt haben, werden auf diese Bekanntmachung aufmerksam gemacht.

Ironie des Schicksals. Die Barbier- und Friseur-Innung bittet uns, darauf hinzuweisen, daß der Innung 70 Mitglieder angeschlossen sind. Die Spieler waren aber nur elf. Zum andern sei die Erhöhung der Preise nur unter dem Druck der Notlage zustande gekommen. Dagegen wandte sich auch die uns übermittelte Mitteilung gar nicht, sie sollte nur das Glücksspiel geißeln. Zum Schluß heißt es in der Mit. Innung: Den Sport des Glücksspiels sollte man besser denen überlassen, die es sich leisten können und jenen, von denen man sagt, sie werden nicht alle. — Das ist ganz unsere Meinung. Die Barbiere sollten bedenken, daß sie,

Landesbibliothek Oldenburg

wenn es auch nur wenige sind, die sich dem Glücksspiel hingaben, sich und das ganze Gewerbe schädigen.

Wilhelmshaven, 13. März.

Postüberwachung im besetzten Gebiet. Wie bekannt geworden ist, hat die französische Besatzungsbehörde in Mainz wieder die Postüberwachung eingeführt und bei dem Postamt daselbst Kontrollstellen eingerichtet. Für Absender von Briefen usw. nach dem besetzten Gebiet erscheint es dringend geboten, in ihren Mitteilungen alles zu vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Seezeichen. In der Innenjade sind die Leuchttonnen 13 und 16 wieder ausgelegt, das Winterseezeichen der Tonne 13 und die Spitze Tonne 16 sind eingezogen worden. —. An Stelle der Spierenleuchttonne 16 ist ein schwarze Leuchttonne 16 mit 3,5 Meter Feuerhöhe über Wasser und 4 Seemeilen Tragweite ausgelegt worden.

Ungültigkeit von Freimarken. Die Ueberdruckfreimarken zu 1,60, 3, 5 und 10 Mark dürfen nicht mehr zum Freimachen von Postsendungen benutzt werden, nachdem sie außer Kurs gesetzt worden sind und die Frist zum Umtausch an den Postschaltern Ende Februar abgelaufen ist.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. Am Montag findet die letzte Aufführung von „Nur ein Traum" statt. Dienstag wird eine einmalige Klassikeraufführung „Minna von Barnhelm" gegeben. Am Mittwoch wird erstmalig „Liebe", Drama in 5 Akten von Wildgans, aufgeführt. Jugendlichen unter 16 Jahren ist der Besuch dieser Vorstellung nicht gestattet.

Oper „Freischütz". Die Opernbende, die Musiklehrer Grimm angesetzt hat, werden Mittwoch abend im Saale der Wilhelmshavener Gewerbeschule fortsetzt. Herr Grimm wird deklamatorisch und am Flügel diesmal die Oper „Freischütz" erläutern. Die Gesangspartien haben mehrere Solisten übernommen. Den Mitgliedern der Freien Volksbühne sind Preisermäßigungen auf die Eintrittskarten gewährt.

Aus dem Lande.

Brake. Ein schweres Unglück hat die Familie des Arbeiters K. in der Bremer Straße getroffen. Der Vater war mit seinem reichlich 10 Jahre alten Sohn mit einem Wagen unterwegs. Bei Meyershof wurde der Junge, der schon längere Zeit leidend war, vom Herzschlag getroffen. Als der Vater sich nach dem den Wagen schiebenden Jungen umsah, hing er über den Wagen und fiel dann tot zu Boden.

Elsfleth. Eierpreise. Während alles im Preise weiter steigt, ist bei den Hühnerlern ein Preissturz erfolgt. Sie sind schon für zwei Mark und weniger Geld zu haben. Woher kommt das? Fast jeder kleine Haushalt mein.t ein paar Stück Federvieh sein eigen und freut sich über den Erfolg. Die Hühner legen jetzt tüchtig und daher ist das Eierangebot allgemein größer als die Nachfrage.

Delmenhorst. Ein Kind ertrunken. Ein zweijähriges Kind, welches seit einigen Tagen im elterlichen Hause an der Syker Chaussee vermißt wird, ist im Hohersgraben ertrunken aufgefunden worden.

Norden. Unverschämte Preise für Kartoffeln. Auf dem Norder Wochenmarkte wurden Saatkartoffeln bis zu 450 Mark hochgetrieben. Aber noch weit teurer sind die Eßkartoffeln geworden, Preise von 300 und 400 Mark gehören zu den alltäglichen Forderungen. Selbst dem „Helenenstift" in Hage wurden 250 Mark abgefordert. Den Gipfel der Höchstforderung leistete sich ein Hohsdorfer, der ein Gebot von 700 Mark zurückwies, weil er 800 Mark für der Zentner erhalten könne.

Leer. Der ungetreue Reisebegleiter. Arg hereingefallen ist dieser Tage ein junges Mädchen aus Wilhelmshaven, das in Groningen eine Stellung angenommen hatte. Auf dem Bahnhof Leer gesellte sich ihm ein junger Mann zu, welcher angab, ebenfalls nach Holland zu fahren. Das Mädchen ließ sich überreden und übergab dem Unbekannten sein Reisegeld von 17 Gulden. Unterwegs gab der Fremde an, er müsse noch ein Telegramm aufgeben. Auf der Station Hilkenborg stieg der „liebenswürdige" Herr aus und verschwand — auf Nimmerwiedersehen.

Lehe. Der Mann mit den dreiundzweißig Bräuten. Ein angeblicher Eugen Nonn, der sich hier unangemeldet aufhielt, hatte es verstanden, sich im Laufe eines Jahres 33 Bräute anzuschaffen, denen er die Ehe versprach und von denen er sich Geld, Brillanten und sonstigen Wertsachen „beschenken" ließ. Jetzt ist der Schwindler in Gemeinschaft mit einer Kaufmannstochter aus Lehe, Henriette Carmen, die ihrem Arbeitgeber 30 000 Mar. unterschlagen hat, verschwunden. Es wird angenommen, daß sie zu die Frau des N. ist und von seinem Treiben unterrichtet war. Von Bremen aus hat der Do: Juan an seine sämtlichen verflossenen Bräute geschrieben, daß er bald wiederkommen werde.

Arbeiter-Jugend Rüstringen.

Heute abend 8 Uhr im Heim Mellumstraße: Mandolinenanfängergruppe. Im Heim Siebethsburg am Dienstag den 14. abends 8 Uhr, Wanderführersitzung.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Bildungsausschuß. Die Mitglieder werden ersucht, am Dienstag abend 7 Uhr zu einer kurzen Besprechung im Parteibüro zu erscheinen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Ritche, für Aus Stadt und Land: Karl Schäg, Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Rüstringen.

Von heute ab werden folgende Kohlenkartenabschnitte mit **Hausbrandkohle** oder **Eiform-Briketts** beliefert: Nr. 15 und 16 der 35-Zentner-, Nr. 12 der 20-Zentner, Nr. 9 der 12-Zentner-Haushaltkarte. [10503

Ortskohlenstelle Rüstringen.

Bekanntmachung.

Die II. Küstenwehrabteilung hält in der Zeit vom 14. März bis 29. März Schießübungen aus schweren Küstengeschützen der Befestigungen in Schilig ab. Dieses wird den Anwohnern in der Umgebung der Befestigungen zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die schießende Truppe für Schaden, der durch Zertrümmern von Fensterscheiben, Porzellan oder ähnlichem entsteht, nicht aufkommen kann, soweit er von den Geschädigten durch gehörige Sorgfalt hätte vermieden werden können. [10488

Wilhelmshaven, den 10. März 1922.

Kommando der II. Küstenwehrabteilung.

Ackerverpachtung.

Das nachstehend bezeichnete Kleingartenland soll an die bisherigen Pächter neu verpachtet werden. Diese wollen sich im unterzeichneten Amte, Kaiserstr. 78, Zimmer 9, bei dem Grundstücksverwalter Bachmann in der Zeit vom 20. bis 31. März, werktags zwischen 9 und 12 Uhr zum Abschluß der Verträge einfinden. Gleichzeitig sind die Pachtbeträge zu bezahlen.

Nachstehende Kleingärten kommen in Frage:
1. an der Deichbrücke zwischen Kaiserstraße und Ems-Jade-Kanal;
2. südlich vom Ems-Jade-Kanal bis zum neuen Seedeich zwischen der Kaiser-Wilhelm-Brücke und Marienties, mit Ausnahme des unten angegebenen, von der Verpachtung ausgeschlossenen Geländes;
3. Spinolagroden;
4. Cäcilienagroden;
5. bei der Oelbehälteranlage in Sande und sonstige kleinere Parzellen.

Diejenigen Parzellen, die bis zum 31. März 1922 von den bisherigen Pächtern nicht neu gepachtet sind, werden anderweitig verpachtet.

Das bisher vorübergehend als Ackerland genutzte Hafengelände:
a) östlich der Oelbehälter Kaiserstraße,
b) an der Kanalstraße,
c) westlich vor der Kohlenjunge,
d) zwischen der Banter Ruine und der Abwackwerft Kubatz und
e) die Parzellen 4—50 und 201—206 am neuen Seedeich fallen wegen Verwendung zu industriellen Zwecken aus.

Die bisherigen Pächter der Grundstücke a—e werden ersucht, ihre Gartenbuden usw. bis zum 1. 4. 1922 zu entfernen.

Reichsvermögensamt II.

Lokomotivführer, der selbständig Reparaturen ausführen kann, für Baustelle Nähe Oldenburg zum sofortigen Eintritt gesucht. [10489

Bauunternehmung H. Möller, Wilhelmshaven, Hollmannstraße Nr. 68.

Klempnerei und elektrotechn. Geschäft. Be- und Entwässerungsanlagen, Bade-Einrichtungen, Spülklosetts, Blitzschutz-Vorrichtungen, elektr. Licht- und Kraft-Anlagen, Reparaturwerkstatt für Elektromotoren, Plätteisen, Koch-, Heiz- u. sonst. elektr. Apparate, Vernickelei, Dreherei, autogenische Schweißerei. [15148

Gebr. Buss, Rüstringen in Oldenburg, Mitschertlichstraße 16. Fernruf Nr. 929.

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse** sowie Brut (Nissl.) **Wanzen, Flöhe** bei Mensch und Tier. **„Kieselba"**, g. gesch. Mittel. Wunden unschädlich. Verkauf **Behse,** Prinz-Heinrich-Str. 5, Postverk.

Vom 15. März 1922 ab werden die Gebühren für die Zufuhr der Stückgüter nach und von dem Bahnhof Wilhelmshaven geändert. [10496

Eisenbahndirektion.

Zu verkaufen

Neuer blauer Anzug, mittl. Figur, zu verkauf. Adm.-Blatt-Str. 33, 1 m.

Damen-Fahrrad (Türkopp, gebr.) zu verkaufen [10493 J. Janßen, Schillerstr. 15.

2 Spaten, 2 Hacken, 1 eis. Harke zu verkauf. Ulmenstr. 24, Laden.

Eiform-Briketts (Rüstr. Kohlenkarte) **Ia Maschin.-Preßtorf Trock. schm. Stichtorf** empfiehlt [10500 **Folkert Willen** Brunnenstraße 3 Telephon 634.

Zu kaufen gesucht

Damen-Fahrrad zu kaufen gesucht. Off. unter „R 497" an die Exped. der „Republik".

Einzelne Möbel sowie **ganze Hausstände** kaufen laufend **Carstens & Precht** Möbelgeschäft, Gr. Ulmenstr. Telephon 2150.

Eisen, Lumpen, Blei, Stanniol, Metalle und Flaschen sowie sämtliche Rohprodukte kauft zu höchsten Tagespreisen **Backer,** Hollmannstr. 45 10536 Telephon 1375.

Gebr. Möbel kauft und verkauft stets Möbelgesch. Gerichtstr. 3

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte **Möbel!** W. Janßen, Peterstr. 60, Eckeisenstr. Ferns. 697.

Stellenangebot

Redegew. Frauen können durch den Verkauf I. Konsum-Artikel direkt a. Private dauernde Einnahme erzielen. Kapital nicht nötig. Angebote unter R. 456 befördert die Exped. d. Bl.

Malerlehrling, Malergehilfen sucht **Th. Fröhling,** 10510 Ulmenstraße 20.

Deutschland in der Welt voran!

Eine Rede von **Philipp Scheidemann** gehalten am 30. Januar 1922 im Reichstag.

Preis 2 Mark.

Paul Hug & Co. Rüstringen Peterstraße 76.

Verschiedenes

Siebethsburger Heim. Empfehle meine Lokalitäten einer freundlichen Beachtung. **Geräumiges Kindzimmer** noch einige Wochentage und Sonntags frei. Spezialität: Echten Ostendorfer Bittern. 4260 **Paul Tuttle.**

W. R. G. Koch Wilhelmshaven Kaiserstraße 39 Fernruf 1287

Rohrstühle flechtet Invalide A. Kauschke, Heppenser Batterie 26.

Haarausfall Schuppen u. Kopfjucken beseitigt sofort **Cefin. Haar-Nährfett.** Preis 7,50 ℳ Nur echt bei **Drogen-Meyer** Marktstr. alle 18 und 46.

Heimatsverein der Hannoveraner Mittwoch, 15. März, abends 8 Uhr: **Vollversammlung** im Café Corso. Das Lokal ist für Landsleute reserviert. — Erscheinen aller Landsleute dringend erwünscht. 10498 **Der Vorstand.**

Tonndeicher Hof Jeden Dienstag und Donnerstag: **Großer Ball.** Es ladet freundl. ein **H. Woldmann.**

Chem. Reinigung F. W. Mäßler. **Sommersprossen** Ein einfaches Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit. **Frau M. Poloni,** Hannover, L. 502 Schließfach 106

Einswarden Die diesjähr. Pächter meines Gartenlandes wollen sich bis spätestens **18. d. M.** wegen Wiederpachtung bei mir melden. Pachtgeld für 1 qm 50 Pf. Der Betrag ist im voraus zu zahlen. [10490 **Willy Plump.**

ADLER Montag zum letzten Male: **Nur ein Traum** Dienstag: Einmal. Klassiker-Aufführ. **Minna v. Barnhelm** Mittwoch zum ersten Male: **Liebe!** Drama in fünf Akten von Anton Wildgans. Jugendlich. unter 16 Jahren ist der Besuch dieser Vorstellung nicht gestattet.

Gebirgsverband der Adlerträger Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen. Am Mittwoch, 15. 3. 22, abends 8.00 Uhr, findet unsere [10501 **Mitgl.-Versammlung** im Parkhause statt. Sehr wichtige Tagesordnung: Beitragserhöhung. — Das Erscheinen sämtl. Mitglieder ist auf alle Fälle notwendig. **Der Vorstand.**

Tausch. Dreizimm. Wohnung m. Stall u. Gartenland in Heidmühle geg. Wohnung o. Garten l. in Rüstringen zu tausch. gesucht. Abs. Fr. Harms, Bremer Str. 7. O. Kohn, Genossenschaftstr. 76. [10471

MONOPOL Besitzer Wilh. Quinting. Fernruf 500 [10507] Fernruf 500

Morgen Dienstag, den 14. März: **12. Wunsch-Abend** Beginn 8 Uhr bei freiem Eintritt! Es ladet höflichst ein **W. Quinting.** **Ab 10.30 Uhr: Hausball!**

Freie Volksbühne. Zu der am Mittwoch, den 15. d. M., im Gewerbevereinssaal stattfindenden musikalisch-deklamat. Erläuterung der Op. „Freischütz" des Musikl. Grimm (Mitwirkende zwei Solisten) erhalten die Mitglieder Karten zum ermäßigten Preise von Mark 8.— nebst Steuer in der Geschäftsstelle Plückthun, Marktstraße 19. [10504 **Der Vorstand.**

Harnröhren-Leidende werden gegen frisches und veraltetes Uebel durch das seit lang. Jahren bewährte **Eubalsol** Originalpräparat, gri. geheilt, an 1 Fl. Eubalsol zuverlässig **22 Mk.** 1 Fl. **Eubalsol** zugleich **18.50 Mk.** Diskrete Versendung ohne Begleitschreiben. Gleichzeitig Broschüre m. zahlreichen Kurbescheinigungen von Aerzten und dankbaren Patienten kostenlos in verschl. Kuvert ohne Kaufzwang gegen 4 Mk. in Porto aus Sachsen. **Adler-Apotheke, Sommerfeld** 227 (Bez. Frankfurt a. Oder)

Etwa 300000 Zigaretten aus 1919. Marken Kaisergold, Ballett, Fürstengold, abzugeb. ab Verpflegungsamt Wilhelmshaven. Baldige Angebote an Marine-Intendantur Wilhelmsh. 10502

Holzriemen-Scheiben Heinrich Eichenauer, Wilhelmshaven Roonstraße 97. — Telephon 509.

Die Geburt eines kräft. Stammhalters zeigen in dankbarer Freude an **Malermeister K. Doedens** und Frau Annette, Ebkeriege 127. 10508

Todesanzeige. Am Sonnabend mittag 12 Uhr entschlief nach langem Schmerzen, mit Geduld ertragen, mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser [10492 **Aug. Thumann** im Alter v. 38 Jahr. Die trauernde Witwe **Frieda Thumann** geb. Schäfer, nebst Kind. u. Angehör. Rüstr., Schaarb. 6, den 13. März 1922. Beerdigung am Donnerstag, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Oldenburg aus.

Todes-Anzeige. Am Sonnabend vormitt. verschied plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalls unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, die Witwe [10509 **Christine Bormann** geb. Hunger im 78. Lebensjahre. Dies bringen tiefbetrübt z. Anzeige **Wilh. Bormann** und Frau nebst Angehörigen. Die Beerdigung findet a. Mittwoch nachm. 2.30 Uhr von der Oldenburger Leichenhalle aus statt.

Sp.-Verein Rüstringen-Wilhelmshaven. **Nachruf!** Am Sonnabend mittag 12 Uhr verstarb nach längerer Krankheit unser Genosse [10499 **August Thumann** im Alter von 38 Jahren. Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 2.30 Uhr von der Leichenhalle in Oldenburg aus statt. **Der Vorstand.**

Todesanzeige. Am 10. März, abends 9 Uhr, entschlief sanft nach längerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter **Witwe Helene Kunke** im Alter von 60 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an 10506 **Johannes Wittig** und Frau geb. Kunke, nebst Kindern **Helene Kunke.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. März, nachm. 2.30 Uhr, von der Leichenhalle des Heppenser Friedhofes aus statt.

Aus der Betriebsrätepraxis

von Clemens Nörpel, Sekretär der gewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes.

Das Buch führt den Betriebsrat in seine Tätigkeit ein und legt den Sinn und Zweck des Gesetzes klar. Es ist ein Lehrbuch der Praxis sowohl für den Neuling als auch für den bereits erfahrenen Funktionär.

Jeder Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär und Referent, überhaupt Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber brauchen neben Flatows „Kommentar zum Betriebsrätegesetz" dieses Buch, dem in Kürze der 2. Teil mit einer vollständig prinzipiell durchgearbeiteten Sammlung von Urteilen, Schiedssprüchen und Bescheiden zu sämtlichen Paragraphen des B. R. G. folgen wird. Die alljährliche Fortsetzung des Werkes ist geplant.

Bei Bestellungen auf nebenstehendem Bestellschein bis zum 14. März **10.00 Mk.**, Ladenpreis später 12.00 Mk.

Buchhandlung Paul Hug & Co., Rüstringen, Peterstraße.

Bestellschein.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit das Buch: **„Aus der Betriebsrätepraxis"** von Clemens Nörpel zum Vorzugspreise von 10.00 Mk. Lieferung sofort nach Erscheinen.

Name .....

Beruf .....

Wohnung .....

An die **Buchhandlung Paul Hug & Co., Rüstringen.**

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 61
36. Jahrgang

Beilage.

Montag,
den 13. März 1922

Ministerpräsident Tantzen über die Ernährungswirtschaft

In der Donnerstags-Sitzung des Landtages hielt Ministerpräsident Tantzen eine Rede über die Ernährungswirtschaft. Wir mußten die ausführliche Rede bis heute zurückstellen.

Ministerpräsident Tantzen: Meine Damen und meine Herren! Es ist geradezu als ein Gebot der Stunde zu bezeichnen, wenn in heutiger Zeit alle verantwortlichen Stellen im Reich und in den Ländern sich mit der Frage beschäftigen, wie im nächsten Jahre die Ernährungswirtschaft des deutschen Volkes geregelt werden soll. Ein Gebot der Stunde in der jetzigen Zeit, wo wir uns in einer Preiswelle nach oben befinden, die in ungeheuer viele Häuser die größte Not gebracht hat, eine Not, die im Laufe dieses Jahres, wenn man ihr nicht steuert, noch ungeheuer anschwellen muß. Wenn die Interpellation mir nicht Gelegenheit gegeben hätte, heute über diese Frage zu sprechen, so hätte ich bereits in vergangener Woche sämtliche Berufsorganisationen unseres Landes zusammengebeten, um mit ihnen mich über diese Frage zu unterhalten. Denn diese Frage, ob wir die Hochpreise für die notwendigen Lebensmittel dem freien Spiel der Kräfte überlassen wollen oder nach wie vor Eingriffe in die freie Wirtschaft für notwendig halten, ist eine der allerwichtigsten innerpolitischen Fragen, für die Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, wie ich Ihnen nachweisen werde, von größter Bedeutung. Der Herr Interpellant hat einige gewiß beachtenswerte Gesichtspunkte vorgebracht. Ich glaube aber nicht, daß die Begründung seiner Interpellation als erschöpfend bezeichnet werden kann. Ich will ihm folgen und zunächst auch nachzuweisen versuchen, was Produktionspreis ist, denn ich bin mit dem Herrn Interpellanten einer Meinung, daß die Landwirtschaft auf die Dauer nicht nur, sondern überhaupt nicht unter Produktionspreis ihre Erzeugnisse herstellen und der Bevölkerung zur Verfügung stellen kann. Aber man kann nicht ausgehen von einer Rechnung, wie der Interpellant es getan hat, sondern man muß ausgehen von Friedensverhältnissen und sagen, was kostete im Frieden das Produkt, das die Landwirtschaft produziert? Um das Wirtschaftliche sind seit der Friedenszeit der Preis für Kunstdünger, für die Arbeit, für die Bodenrente, für Steuer gestiegen? Und mit diesem wirtschaftlichen Preise gegenüber dem Friedenspreis die Agrarprodukte multipliziert, daß gibt den objektiv richtigen Preis, den heute die Landwirtschaft haben muß. Wie ich eben schon sagte, setzt sich der Produktionspreis zusammen aus der Bodenrente, der Arbeit, die in den Boden hineingesteckt wird, dem Kunstdüngerpreis, dem erhöhten Preis für alle andern landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, Geräte und Steuern. Unter diesen Produktionskosten nimmt für die geringsten Böden der Kunstdüngerpreis den größten Raum ein, und davon ist ja auch von dem Herrn Interpellanten gesprochen worden. Ich habe von maßgebender Stelle eine Zusammenstellung machen lassen für die Kunstdüngerpreise 1913-14 und heute, also die am 1. März gültigen Kunstdüngerpreise, und dabei ergibt sich folgendes Bild: Kainit und Kali kosten das 22- bis 33fache gegenüber dem Friedenspreise, Thomasmehl das 36- bis 42fache, Superphosphat das 42- bis 49fache, schwefelsaures Ammoniak das 17- bis 23fache, Kalkstickstoff das 23- bis 24fache. Das sind alle wesentlichen in Betracht kommenden Kunstdüngersorten. Die Arbeit, die in den Boden hineingesteckt wird, soweit sie durch fremde Arbeitskräfte verrichtet wird, ist sicher nicht mehr als um das 20- bis 25fache gestiegen, immer die Preise angenommen, die im kommenden Wirtschaftsjahr gezahlt werden. Im letzten Wirtschaftsjahre sind von der Landwirtschaft nicht annähernd Löhne vom 20- bis 25fachen im Durchschnitt gegenüber den Friedenslöhnen gezahlt worden. Die Geräte sind etwa um das 30fache teurer. Die Realsteuern von Grund und Boden werden im kommenden Jahre vielleicht, auch wenn der Landtag die Forderungen der Regierung bewilligt, was angenommen wird, das 20- bis 25fache erreichen. Der Kunstdüngerpreis hat sich etwa im Durchschnitt um das 25- bis 30fache gehoben. Sie sehen, daß auch bei den Geräten, bei der Arbeit, bei den Steuern das 25fache bis 30fache als Verteuerung angenommen werden kann.

Wie haben sich nun die Getreidepreise entwickelt, um zunächst davon und von der Getreideumlage zu sprechen. Die Durchschnittspreise des Getreides in den Jahren 1910 bis 1914 haben betragen: für Roggen 150—180 Mark, für Weizen 190—270 Mark — Berliner Marktpreise zugrunde gelegt — Hafer 150—180 Mark, Gerste 130—160 Mark. Man kommt durchschnittlich auf einen Preis von hoch gerechnet 160 Mk. für diese vier Weizgetreidearten. Wenn Sie den Preis von 160 Mark als Friedenspreis, der damals von den rechtsstehenden, die Landwirtschaft angeblich vertretenden Parteien als ein angemessener bezeichnet wurde, die Preise standen zeitweilig wesentlich unter 160 Mark, wenn Sie also 160 Mark nehmen und multiplizieren sie mit 25 bis 30, so haben Sie einen Produktionspreis für das kommende Jahr von 4000 bis 4500 Mark. Für das verflossene Wirtschaftsjahr müssen wir selbstverständlich die Preise für Kunstdünger, für Löhne, für Geräte usw. zugrunde legen, die Sie für die Bearbeitung im verflossenen Wirtschaftsjahre gebraucht haben. Im verflossenen Wirtschaftsjahre ist geerntet worden für den Preis, den der Herr Interpellant als ausreichend bezeichnet hat, von 2000 Mark die Tonne. Und wenn er das abliefert und mittlerweile ist der Produktionspreis gestiegen, so ist das im verflossenen Wirtschaftsjahre hergestellte Produkt nicht unter den neuen Produktionspreis zu stellen. Also der Preis, der Selbstkostenpreis, unter Anrechnung der Grundrente, ebenfalls verfünfundzwanzigfacht, beträgt für das Getreide 4000 bis 4500 Mark die Tonne im kommenden Wirtschaftsjahre. Wie ist demgegenüber der Getreidepreis gestiegen? Es wird erstreht, ihn dem Weltmarktpreise nahzubringen. Der Weltmarktpreis für Roggen ist aber 9000 bis 10 000 Mark, für Weizen über 12 000 Mark die Tonne. **Das ist, wie Sie sehen, das Fache des Produktionspreises für das kommende Wirtschaftsjahr.**

Die Frage ist also: Soll man diesen ungeheuren Mehrpreis den Bodenbesitzern zuwenden oder nicht? Und da bekenne ich mich offen dazu, daß ich auf der einen Seite der Landwirtschaft, wie allen andern Berufen, Freiheit wünsche, aber Umlagewirtschaft, d. h. einen Teil ihrer Produktion zum Selbstkostenpreis abzuliefern, ist keine Zwangswirtschaft, sondern nur volkswirtschaftliche Notwendigkeit, weil die Bodenbesitzer gegenüber dem Recht, den Boden zu besitzen, auch eine Pflicht haben: **das Volk zu ernähren.**

Wenn der Preis für das Getreide, was vom Landtage gefordert wird, als Umlage zur Brotversorgung abzuliefern, unter Produktionspreis liegt, dann könnte man sagen, muß er den Rest anderweitig zu mehr erhöhtem Preise anbringen. Das soll er nicht einmal. **Er soll überall den Produktionspreis haben.**

Aber das ist etwas ganz anderes als freie Wirtschaft; freies Spiel der Kräfte verlangen freies Spiel der Kräfte, wo unsere ganze Wirtschaft künstlich atmet. Wenn wir den Versailler Vertrag geändert haben, dann können wir im Innern das Normale, die Freiheit für die Wirtschaft einführen, aber bis dahin ist es ausgeschlossen, daß wir uns darauf einlassen, der Forderung entgegenzukommen und nachzukommen. Der Bauer sagt freie Wirtschaft, weil das Prinzip richtig ist. Ich erinnere Sie daran, daß dieselben Herren, die teilweise organisiert auftreten als Schützlinge der Landwirtschaft, jetzt die freie Wirtschaft fordern, wo durch die freie Wirtschaft die höchsten Preise winken, damals als Zollfreiheit bestand aber für Schutzzölle, später für den Antrag Kanitz eintraten, weil dadurch die höheren Preise erzielt wären. Wir müssen bekennen, daß wir nicht nur einseitig einen Stand im Auge haben dürfen, sondern das tun müssen, was für die gesamte Volkswirtschaft eine Notwendigkeit ist. Die Staatsregierung ist einig darin, daß eine Notwendigkeit besteht, angesichts der Verhältnisse in Deutschland, angesichts der ungeheuren Not, die heute besteht und weiter bestehen wird: **die Getreidepreise für den Teil, aus dem das Volk Brot haben muß, nach oben hin zu begrenzen.** Doch das wäre alles Theorie, wenn wir nicht imstande wären, den dazu erforderlichen Teil aus der deutschen Ernte mit Leichtigkeit herausnehmen zu können. Wir müssen uns klar werden, ob der deutsche Boden selbst bei mäßiger Ernte imstande ist, diesen Teil an Brotgetreide für die Ernährung der Nichtfeldversorger sicherzustellen. Auch dazu bedarf es einiger Zahlen. Auf dem deutschen Boden von heute sind im Jahre 1913 bei guter Ernte vor dem Kriege gewachsen auf 12½ Millionen Hektar Anbaufläche — Weizen, Roggen, Gerste, Hafer — zusammen 26 Millionen Tonnen Getreide, und zwar annähernd 15 Millionen Tonnen Brotgetreide, 3 Millionen Tonnen Gerste und reichlich 8 Millionen Tonnen Hafer. Heute sind es geworden nach der Schätzung 1921 bei der Ernte auf demselben Boden reichlich 10 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 Millionen Tonnen Gerste und 5 Millionen Tonnen Hafer, also 17 Millionen Tonnen zusammen. Gerste ist ja bekanntlich als Brotgetreide zu verwerten, so daß wir **auf 12 Millionen Tonnen Brotgetreide inklusive Gerste bei einer mittleren Ernte rechnen können.** Wenn die Wirtschaft intensiver gestaltet wird durch Verwendung von mehr Kunstdünger, intensiverer Bewirtschaftung, weil die Pferdekraft und Ochsenkraft und die mechanische Kraft wieder voll zur Geltung gebracht werden kann, ist durchaus anzunehmen, daß der Gesamtertragertrag sich hebt. Von diesen 10 Millionen, bzw. die Gerste eingerechnet, 12 Millionen Tonnen Brotgetreide sind 1 Million als Saatgut abzurechnen für die kommende Ernte, 2 Millionen Tonnen für die Selbstversorger, eine halbe Million Tonnen für Deputate, das sind 3½ Millionen Tonnen, die in der Hand der Landwirte bleiben müssen. Es bleibt dann ein Rest von 6½ Millionen Tonnen Brotgetreide, von 8½ Millionen Tonnen, wenn man die Gerste einrechnet. Die Nichtfeldversorger gebrauchen, wenn 200 Gramm Mehl als tägliche Ration gegeben werden, das ist etwa die jetzige Menge, 4,2 Millionen Tonnen Getreide, also selbst, wenn man die ganze Menge verlangt, würden aus der deutschen Ernte immer noch **2 bis 4 Millionen Tonnen** Brotgetreide (Gerste eingeschlossen) übrig bleiben, die nicht für die menschliche Ernährung nötig wären, selbst wenn keine Einfuhr erfolgte. Das ist der tatsächliche Stand. Nun sind verlangt worden im letzten Jahre 2¼ Millionen Tonnen Brotgetreide als Umlage; das übrige ist teils auf deutschen Märkten, teils auch auf ausländischen Märkten gekauft. Da werden unsinnige Behauptungen verbreitet über die Einfuhrstelle und Reichsgetreidestelle. Kürzlich las ich in einer Zeitung — ich will die Zeitung nicht nennen — unerhört wäre die Wirtschaft in der Reichsgetreidestelle deshalb, weil man sich nicht im Herbst, wo das Brotgetreide 200 Mark gekostet hätte, eingedeckt habe. Da muß ich sagen, der Mann, der das geschrieben hat, ist ein Demagoge. Der weiß genau, wenn die Reichsgetreidestelle sich 1921 eindeckt mit großen Mengen, daß sie dann das Getreide sofort im Preise hochtreibt. Das Eindecken auf deutschen Märkten mußte langsam erfolgen, um die plötzliche Preisanschwellung langsamer zu gestalten. In Deutschland sollen etwa 1 Million Tonnen gekauft sein, der Rest ist auf ausländischen Märkten für Weltmarktpreise gekauft. Das Auslandsgetreide hat im Durchschnitt 10 000 Mark die Tonne gekostet. Es ist selbstverständlich, daß die Brotpreise für Aus- und Inlandsgetreide niemals entsprechend dem für die 2¼ Millionen Tonnen gezahlten Preis bemessen sein konnten, es mußte ein Durchschnittspreis genommen werden. Also wenn man 2¼ Millionen Tonnen für den von mir errechneten Selbstkostenpreis von der Landwirtschaft als Umlage verlangen würde und dazu die weiter erforderliche Differenzmenge von 1½ bis 2 Millionen Tonnen auf dem Inlands- und Auslandsmarkt kauft, so kann man den gesamten Preis wesentlich unter dem Preis halten, der eintreten würde, wenn man die freie Wirtschaft als das Alleinseligmachende in heutiger Zeit proklamiert und durchführt, und das bedeutet etwas ganz Außerordentliches.

Der Herr Interpellant hat, es ist mir nicht ganz klar geworden, gesagt, daß dort, wo Betriebe bis 1 Hektar freigeblieben wären von der Umlage, in diesem Bezirk die großen Betriebe mehr herangezogen werden. Es mag irgendwo ein Irrtum vorgekommen sein, sonst ist es gleichgültig, ob in einem Bezirk viele kleine oder große Betriebe sind. (Rechts: Stimmt nicht!) Das Land Oldenburg in seiner Gesamtheit hat viele Kleinbetriebe. Diese Kleinbetriebe, diese Vielheit der Kleinbetriebe, ist bei der Umlage vielleicht, wie Sie meinen, in nicht genügender Weise in Anrechnung gebracht. Ich meine aber, daß nachdem wir die Umlagemenge für Oldenburg kannten, die Verteilung so erfolgt ist, daß in den Kommunalverbänden mit mehr Kleinbetrieben ein Ausgleich bei der Verteilung erfolgte. Das ist wenigstens nach bestem Wissen mit Unterstützung der Berufsorganisationen der Landwirtschaft versucht worden. Daß Unebenheiten unterlaufen sind, mag richtig sein. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß nicht nur die Betriebe bis 1 Hektar von der Umlage freibleiben können, sondern daß wir hinzugehen können, und zwar deshalb, weil die Zahlen für die Getreidemengen, die in den Betrieben bis 5 Hektar geerntet werden, außerordentlich gering sind gegenüber den Getreidemengen, die in den Betrieben über 5 Hektar geerntet werden. Um nicht allzuviele Zahlen aufzuführen, will ich sagen: Wenn alle Betriebe mit einer Getreideanbaufläche von unter 5 Hektar freibleiben, so würde in den Betrieben über 5 Hektar noch weit mehr geerntet werden, als der deutsche Konsum an Brotgetreide überhaupt benötigt. Ob das gerecht ist, die Betriebe bis 5 Hektar freigelassen und nur die größeren zu nehmen, bedarf besonderer Prüfung. Darüber jetzt eine Entscheidung, dazu eine Stellung zu nehmen, dazu sind die Verhältnisse noch verfrüht. Woher kommt es denn nun, wenn die Getreidemenge so groß ist, daß der Preis derartig steigt und daß, wenn wir völlig freie Wirtschaft hätten, es Millionen von Menschen geben würde, für die Brot eine Delikatesse werden würde, während auf der andern Seite Millionen vorhanden sind, die die aus dem Brotgetreide hergestellten Delikatessen sich verschaffen können? Da liegt der Kernpunkt: **Das Brotgetreide wird verfüttert in ungeheuren Mengen.**

Da die Einfuhr von Futtermitteln jetzt erschwert ist, ist das vollständig erklärlich und es soll das nicht in der Form des Vorwurfs gegen die Landwirtschaft gesagt werden, sondern es ist eine wirtschaftliche, aus den Verhältnissen sich ergebende Tatsache, und solche Tatsachen muß man sehen, und dafür muß man auch die Gründe anerkennen. Die Gründe liegen darin, daß unser Schweinebestand am 1. Dezember 1921 zwischen 16 und 17 Millionen Stück betragen hat und wenn wir in diesem Frühjahr zählen würden, würde der Bestand noch größer sein, an sich durchaus erfreulich, aber für die menschliche Versorgung mit Brotgetreide ungeheuer gefährlich. Dann ist auch der Viehbestand wieder auf eine verhältnismäßig dem Friedensstande näher gelegene Höhe gebracht worden. Aber auch das Vieh in Deutschland ist gewöhnt, mit Getreide gefüttert zu werden oder mit Getreideprodukten. Das sehen Sie am besten an den Zahlen aus der Friedens-

Krämer und Seelen.

Ein deutscher Großstadtroman von Johannes Thummerer.

34) Nachdruck verboten.

Klara war verwundert und frug neugierig, wieso. Aber Willibald schwieg zunächst beharrlich, sein Blick wurde unerkundig weich. „Sie wissen gar nicht, wie sehr das Schicksal Ihrer Mutter mich als Knaben beschäftigt hat. Mein Name fiel Ihnen wohl gar nicht auf? Ich war doch einmal bei Ihnen, wir wohnten doch im Nachbarhause."

Nun erinnerte sich Klara dunkel, aber sie empfand das nicht als sonderlich wichtig. Willibald jedoch blieb erregt. Mählich wurde er mitteilsamer, entwickelte ihr, wie das Zufällige dieser Nachbarschaft für ihn zu einem ersten tieferen Kindheitserlebnis wurde, wie ihm zum erstenmal der Unterschied von arm und reich durch ihre Mutter zum Bewußtsein kam.

An diesem Abend bat er, sie heimbegleiten zu dürfen. Es war ihm, als sei sie ihm nun tiefer, inniger verbunden. Rückhaltlos, ohne zu bedenken, ob sie ihn verstehen könnte oder nicht, sprach er aus, was ihn bewegte. Klara schwieg staunend-verträumt. Einmal fuhren sie noch in fast melancholischer Langsamkeit über die Eisfläche, dann schnallten sie ab und gingen heim durch die hellerleuchteten Straßen, gegen die sein Blick schmerzlich stach.

„Ich finde dieses trubelhafte Leben ringsumher unheimlich," sagte er, „diese Straßen, diese Häuserwände, diese schleimigtauen Trottoirs. Ich sehe allen diesen Dingen die höhnischen Mienen an oder ihre Verschlossenheit, mit der sie ihr trostloses Aeußere den Menschen zukehren. Und ich denke mir oft, es kann nicht sein, daß wir daheim sind in dieser Umgebung, in diesen Straßen, diesen Wohnungen, diesen Bureaus. Es kann nicht sein, daß all die Leute, die hier in den Straßen umherlaufen, wirklich von den Gierden besessen sind, die wie giftiger Rauch aus dem Asphalt aufsteigen, von dieser wilden Sucht, Geld zu verdienen, von dieser ewigen Großmannssucht, diesem Betreiben, einander zu übertölpeln. Dann und wann muß es doch, sollte man glauben, einem jeden klar werden, daß er sich mit dem ewigen Geschäftmachen um das Beste des Lebens preßt, daß dieses Fröhlichgetue nach Feierabend, diese forcierte Lustigkeit in den Gastwirtschaften, diese Tingeltangel- und Duliöstimmung Selbstbetrug ist. Aber ich fürchte, ich täusche mich; ich habe immer noch zuviel guten Glauben, denn sehen Sie doch einmal diese Menschen an" — er wies auf die flutende Menge —, „alle haben sie in den Gesichtern einen Ausdruck von Gier nach Besitz, alle, wo man auch hinsieht. Der Hunger nach Geld schlägt ihnen zu den Wangen und Augen heraus, ihr geschäftiges Gehen ist, als wollten sie sich auf etwas stürzen ... und trotz allem: auch das heißt Mensch sein, man möchte die Hände vors Gesicht schlagen und weinen darob."

„All das ist mir noch nicht aufgefallen," gestand Klara offenherzig.

Willibald mußte lächeln. „Das glaube ich gern, dergleichen fällt im allgemeinen auch niemanden auf."

Klara hatte das Gefühl, eine Dummheit gesagt zu haben, sie suchte sich zu verbessern: „Nun ja, es kann einem schließlich auffallen, aber wozu sich darum kümmern? Es geht Sie doch nichts weiter an!"

„Ich kümmere mich darum, weil ich muß, aus innerlichem Zwang heraus. Es ist wohl so, mancher Mensch muß das Leben der andern um ihn her wieder erleben, er muß es, ob er will oder nicht, das ist sein Schicksal, und es bleibt ihm nichts als die Hoffnung, daß das Leben der anderen doch nicht ganz so schlimm ist, als er in Stunden der Verzagtheit befürchtet."

Klara wandte wieder ein: „Ich würde nicht rechts und links schauen, mich blind stellen, mich zwingen, an dergleichen nicht zu denken."

Er schüttelte ungläubig den Kopf. „Das kann ich nicht und könnten Sie auch nicht, wenn Ihnen erst einmal das Bewußtsein von den Gegensätzlichkeiten des Lebens aufgegangen wäre. Nehmen wir einmal an: Sie wissen wahrscheinlich noch nicht ganz klar, daß es ein Leben jenseits Ihres ärmlichen gibt, ein Leben des äußeren Glanzes, der schimmernden Lieblichkeit und in allen Regenbogenfarben des Glücks. Aber eines Tages werden Sie es vielleicht doch wissen und dann vor Ihrem eigenen Leben erschaudern. Ich wünschte Ihnen bloß, daß dieser Tag nie kommt. Ich aber habe früh von dem Leben der anderen gewußt. Es war Schicksal, vielleicht Eingebung, Ahnung. Ihre Mutter war vermutlich nur ein äußerer Anstoß. Jedenfalls: ich erschrak vor dem Leben der anderen, der Armen, Beschlossen — und mehr noch vor meinem eigenen Leben, vor dem Leben, das mir von meinen Eltern zugedacht war, vor dem Leben in Glanz und mit der Bestimmung, von dem Leben der anderen nichts wissen zu sollen, nichts wissen zu wollen. Ich wollte, ich konnte das nicht ... und suchte nach einem Ausgleich, aber der einzelne, ich weiß es heute, kann ihn nicht schaffen. Das kann nur eine Welt von Güte, Güte, in Millionen Herzen gepreßt, Güte, aus Millionen Herzen strömend. Wie arm bin ich gegenüber dieser Notwendigkeit, wie arm mit diesem Willen zur Güte allein, ohne Millionen Gleichgesinnte hinter mir zu wissen ..."

Noch lange sprach er so weiter, begeistert, froh einmal sein Herz ausschütten zu können, und er achtete nicht darauf, ob die, zu der er sprach, auch aufnahmefähig wäre.

Klara schwieg beharrlich, sie lauschte den Worten Willibalds wie dem sanften Tropfenfall eines sommerlichen Regens. Sie nahm sie in sich auf, ahnungslos, in einer neuen, ihr völlig fremden Beglückung. Vieles verstand sie nicht, vieles mißverstand sie. Aber ein stilles Frohsein, ein Gefühl plötzlicher überschwenglicher Zuneigung zu dem jungen Menschen drängte sich in ihr hoch. Der Glanz der Jugend, ein Schimmer von Glück und sanfter Hoffnung schimmerte in ihren Augen, während die gleißende Lichtflut der Straßen in großen Wogen über sie fiel.

Noch ein paar Tagen trafen sie sich wieder. Sie schlenderten diesmal durch die Stadt, da das Wetter tauwarm war. Die Sonne schien noch hinter einer schneegrauen Wolkenwand. In den Straßen breitete sich die düstere Helle wie ein glanzloser Nebel, wie ein dünner, durchsichtiger Dampf. Der Asphalt schimmerte fleckig. Manchmal schlug eine Woge Menschen über ihn hin, verteilte sich, rann durch die Tür irgendeines Ladens, dann nahte wieder ein Einzelnes, ein Kind, ein junges Mädchen wie ein buntes Segel. Autos surrten gleich Motorbooten vorbei; ein Hupensignal durchbrach das eintönige Geplätscher der Fußtritte ... irgendwoher kam leichtbeschwingt ein Klavierton ... aber unbewegt starrte der Mauerkanal der Straßen ...

Klara trippelte ernst neben Willibald einher. „Warum sind Sie so mißmutig?" frug Willibald.

„Ich hab' mir ja einmal Streit zu Hause gehabt."

Er suchte sie zu erheitern, aber es gelang ihm nicht. Schließlich sagte er: „Sie dürfen sich von diesen Lappalien nicht so sehr bezwingen lassen. Wenn Sie auch zu Hause keine Freude haben, so können Sie sich dennoch das Leben buntfarbig und sonnig gestalten. Ich habe ja auch nur den Abend" — „mit Ihnen", wollte er hinzusetzen, schwieg aber betroffen von dem Gedanken, der ihn zum ersten Male überwältigte.

Sie sagte nur verträumt: „Was nützen Worte."

Er schwieg verlegen, wußte nur noch einer Weile: „Wohl, man müßte etwas für Sie tun." Von irgendwoher läutete es dazwischen: Ja, man müßte sich ihr lieb erweisen, aber es dürfte nicht Wohltat sein ... sondern aus ehrlicher Neigung heraus ... Das Läuten kam näher in ihm. Es war fast, als sei seine Seele ein weiter, weiter Weg, ein waldumsäumter, dunkler Abendweg, darauf ein Kind, ein weißes Engelchen, geschritten kam und das Glöckchen läuten ließ. Plötzlich war es ganz nah: Man müßte sich ihr lieb erweisen! — Voll klang das Läuten in ihm, und seine zur Ironie neigende Vernunft gab zurück: Ich werde mich prüfen. Und da wußte er plötzlich, daß er in diesen Tagen oft und lange über dieses kleine Mädel nachgedacht hatte, daß ihm ihr schlichtes, offenes Wesen zu Herzen gegangen war, daß sie ihm schon mehr war als irgendeine flüchtige Straßenbekanntschaft — ja, daß er sie liebte, so etwa wie man einen Schmetterling, ein unendlich zartes Geschöpfchen liebt, dem Regen und Wind den Schmelz zu nehmen drohen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

will. In der Friedenszeit war die Mehrgetreideeinfuhr an Brotgetreide gegenüber der Ausfuhr 1¼ Millionen Tonnen, also trotz der größeren Produktion wurden noch 1¼ Millionen Tonnen dazu eingeführt. Nur ein Teil davon konnte von Menschen verzehrt werden. Der allergrößte Teil ging durch den **Tiermagen und in die** Brennereien. Daneben wurden jährlich 4 Millionen Tonnen Futtermittel, Gerste und Mais, eingeführt. Heute: 1 Million Tonnen Futtermittel sind im letzten Wirtschaftsjahre eingeführt worden und vielleicht ebensoviel Brotgetreide. Brotgetreide ist neben Kartoffeln die Grundlage der Ernährung, und sicher ist, wenn im deutschen Volke, wo der Arbeitswille groß ist, der Mensch arbeiten will, der Zustand käme, **daß er nicht** arbeiten könnte, weil Arbeitslosigkeit eintrate, so können Sie dem deutschen Volke nicht begreiflich machen, daß das gottgewollte Verhältnisse sind. Da kommt der Zustand, den ich als eine Riesengefahr ansehe, ein Zustand, den niemand, der nicht bolschewistischen Gedanken folgt, wünschen kann. Das ist die Frage, welche wir ohne Rücksicht auf Sonderbestrebungen als die Frage der deutschen Volkswirtschaft und der Nation bezeichnen müssen, ohne Rücksicht auf irgendeinen andern Vorteil, und Forderung der Nation muß sein, **daß auf deutschem Boden die Grundlage der deutschen Ernährung sichergestellt wird** zu Preisen, die die deutsche Wirtschaft in der Weltwirtschaft nicht ins Stocken bringt.

Es ist das Wichtigste auch für das kommende Jahr, daß Arbeit für alle in Deutschland vorhanden ist. Arbeit für 60 Millionen wird in Deutschland aber nur vorhanden sein, wenn unsere Industrie exportfähig bleibt. Wenn eine politisch-agrarische Organisation sagt, wir sollen also der Industrie auf die Beine helfen, so sage ich nein, **nicht auf die Beine helfen soll die Landwirtschaft der Industrie, aber diejenigen,** die den Boden besitzen und ihm das abgewinnen, was sich für die Ernährung des Volkes gebraucht wird, die haben die Pflicht, daß sie, ohne selbst gefährdet zu sein, auf einen Teil des Mehrgewinns verzichten, um die Volkswirtschaft überhaupt im Gange zu halten; denn wenn die Industrie nicht exportfähig ist, entsteht die in ihren Folgen nicht abzusehende Krise, und das ist sie in dem Augenblick kaum mehr, **wenn Weltmarktpreise Weltmarktlöhne nach sich ziehen.** Wer will der Forderung widersprechen, daß bei Weltmarktpreisen für alle Produkte auch **Weltmarktlöhne und -gehälter** gezahlt werden müssen? Kein Mensch kann es mit Recht. Oder man müßte sagen, die Arbeit der Männer in Deutschland ist schlechter als in einem andern Staate. Die Gefahr kann man nur verhindern, wenn man die Produktionsbedingungen bei der Wirtschaft, wie sie besteht, günstiger gestaltet als in anderen Ländern. Neben der Kohle ist es die Ernährung, sind es das Brot und die Kartoffeln, die den Lohn bestimmen. Je billigere Löhne, desto billigere Produktionsbedingungen, desto bessere Konkurrenzfähigkeit. Wie sieht denn der Weltmarkt aus? Die ganze Welt ist ja doch in eine Wirtschaft verflochten. Uns ist die Arbeit ungeheuer erschwert, dadurch, daß alle Beziehungen zerstört sind, aber ungeheuer erleichtert, weil wir bisher viel billigere Waren anbieten konnten, und die billige Ware zieht mehr als die nationale Zugehörigkeit; alle kaufen alle unsere Waren. Dadurch ist Arbeitslosigkeit in den andern Ländern und von uns ferngehalten. Kein größerer Gefallen wäre der Entente zu tun, als ihr die Möglichkeit zu geben, die Arbeitslosigkeit auf uns zu schieben. Denn es ist so, daß die Kaufkraft, da die Konsumfähigkeit durch den Krieg in der Welt viel geringer geworden ist, die Produktionsfähigkeit aber gerade der Länder, die die meisten Produkte herstellen, Amerika, England, Deutschland, kaum geringer geworden ist, teilweise hat sie sich erhöht. Frankreich scheidet mit seinem Nordgebiet aus. Also bei derselben Produktionsfähigkeit eine geringere Konsumfähigkeit, eine geringere Kaufkraft. Es kommt nur darauf an, die Arbeitslosen, die irgendwo kommen müssen in der Welt, in dieser Uebergangszeit, die vielleicht noch Jahre dauert, nicht im eigenen Lande zu haben.

Das ist die Kunst der Politik von heute, das gibt erst die Möglichkeit, den Weg, den die Regierung heute in Berlin für den einzig gangbaren hält, nämlich die Abänderung des Friedensvertrages, schrittweise zu erreichen, dadurch, daß die Gegner selbst unter diesem Friedensvertrage leiden. Das gibt die Basis der auswärtigen Politik überhaupt ab, denn wenn wir die Arbeitslosigkeit in Deutschland haben würden, hätten die Gegner kein Interesse an der Aenderung des Friedensvertrages. Nur dadurch haben sie Interesse an der Aenderung, daß sie selbst leiden, und in diesem Interesse müssen wir sie halten, solange wir können, und deshalb die deutsche Wirtschaft so gestalten, daß einmal alle Kräfte angespannt werden können, auch in der Landwirtschaft, zum andern aber, daß alle Hände sich regen können in der Industrie. Das bringt uns die Möglichkeit, die unmöglich erfüllbaren Bedingungen zu mildern. Das ist die Politik, die zusammenhängt mit der Frage des Brotpreises, mit dieser Frage des freien Spiels der Kräfte. Ich will nicht moralisieren und reden von den Millionen, die jetzt schon das Brot nicht kaufen können. Man kann sagen, wir wollen durch Steuern ihnen das ersetzen, sie sollen durch die Gemeinde- und Wohlfahrtspflege unterhalten werden. Aber das ist zum Teil Theorie, sie verhungern erst. **Der Grundsatz, die Wirtschaft gesund zu erhalten, das ist die beste Wohlfahrtspflege.** Und die kann heute in der Welt wirtschaft nicht dadurch gefunden, daß man den an sich richtigen Gedanken der völlig freien Wirtschaft Raum gibt. Ich bekenne mich mit der Reichsregierung und mit sehr vielen andern Regierungen dazu, **daß wir zur freien Wirtschaft in diesem Jahre nicht gelangen können,** und ich werde auch auf der Reichsernährungskonferenz am 21. März meine Stellung entsprechend den Ihnen hier gemachten Aeußerungen einrichten und erwarte vom Landtag alle Einsicht, daß er dieser Auffassung zustimmt:

Einmal volle Produktionspreise für den Teil, der als Brotgetreide für die Volksernährung geschätzt werden muß, und dann die Möglichkeit, diesen Teil im Umlageverfahren zu erfassen.

Ich will in bezug auf die Getreideumlage mich zusammenfassen, um ganz deutlich zu sein. Die oldenburgische Regierung tritt ein für die Fortführung des Umlageverfahrens in Brotgetreide und anderen Weltgetreide unter der Voraussetzung, daß für der Menge, die erfaßt wird, die Produktionspreise des Jahres 1922 gezahlt werden, daß eine möglichst große Menge erfaßt wird, um die Brotversorgung des Volkes zu einem Brotpreise unter Weltmarktpreis zu sichern. Sie tritt auch ein für die Prüfung der Frage der Freilassung der Kleinbetriebe über 1 Hektar hinaus. Sie wird weiter eintreten für eine Ermächtigung vom Reich, die den Ländern gegeben werden soll, um auch diejenigen Böden zu fassen, die zufällig nicht das Getreide bauen. (Sehr richtig!) 60 000 Hektar Getreideanbaufläche in runden Zahlen haben wir in Oldenburg, 320 000 Hektar Kulturboden. Sie sehen also, daß auch hier eine Möglichkeit gegeben ist, den Ausgleich zu schaffen, den ich mit Wärme und allen zu Gebote stehenden Gründen vertreten werde in Berlin und auch demnächst hoffentlich dann hier im Landtag. Zahlen über die Ausmirkung dieser Ermächtigung will ich nicht mehr geben, ich will nur eins sagen: Wenn die Ermächtigung zu derselben Umlagemeise wie im vorigen Jahre gegeben würde und man die Umlagemenge auf den gesamten Boden, also auf Marsch und Geest, verteilt, ohne zu differenzieren, dann würde auf 1 Hektar nur kaum ein Zentner Getreide fallen an Umlagegetreide. Diejenigen, welche anderer Auffassung sind, wie die von mir vorgetragene, und die es im deutschen Reiche durchsetzen sollten, daß die freie Wirtschaft kommt, was ich nicht erwarte, muß ich sagen, übernehmen damit eine so ungeheure Verantwortung, die ich für meine Person niemals übernehmen könnte. Eine Verantwortung gegenüber den eigenen Volksgenossen, die mehr und mehr in Not geraten, eine Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft, wie sie heute weltwirtschaftlich gesehen dasteht und eine Verantwortung gegenüber der großen Gefahr der dann kommenden Arbeitslosigkeit und der daraus sich mit Naturnotwendigkeit ergebenden ungeheuren inneren Unruhen. **Denn das erträgt kein Volk, daß Brot da ist, geerntet werden soll, aber nicht geerntet werden kann und ihm von diesem Brot nicht gegeben werden kann.** Das ist etwas Unmögliches, selbst von dem Geduldigsten.

Nun noch wenige Worte über die **Wirtschaft in Kartoffeln.** Auch die Kartoffeln gehören zu den Notwendigkeiten, was das Volk, besonders das Millionenvolk der Armen, gebraucht. Die freie Wirtschaft in Kartoffeln, die ich mit vertreten habe, wie Sie wissen (Zuruf: Leider!) — nein durchaus nicht, das war durchaus richtig, und man muß nur die richtige Konsequenz ziehen und jetzt recht sehen, was geworden ist —, die freie Wirtschaft hat die Hoffnungen nicht erfüllt, die auf sie gesetzt wurden, denn das kann man nicht als erträglich bezeichnen, daß der Kartoffelpreis in wenigen Monaten um das 6- bis 8fache, ja um das Nochmehrfache steigt. Der Kartoffelpreis im Frühling 1921 betrug 20 bis 30 Mark, im Frühherbst betrug er 40 bis 50 Mark, dann im Spätherbst 75 Mark. Und heute wird mir mitgeteilt, hier im Lande Oldenburg sind keine mehr zu verkaufen unter 250 Mark; in Ochsht kosteten sie 270 Mark und in Berlin und Hamburg jetzt 300 bis 400 Mark und mehr. Kürzlich waren Beamte Berliner Ministerien hier, Herren, die nicht in niedrigen Besoldungsklassen stehen — sie stehen in der Gruppe 13 —, die sagten, sie hätten in Berlin entweder überhaupt keine Kartoffeln kaufen können oder nur zu 300 bis 400 Mark pro Zentner und könnten solche Preise nicht mehr bezahlen. Gott sei Dank ist es in Oldenburg so, daß die meisten Menschen Wohnung haben, in denen Raum ist, und auch Gelegenheit hatten, im vergangenen Herbst Kartoffeln auf Vorrat zu kaufen. Aber auch hier gibt es viele Menschen, die das nicht können. In den großen Städten ist das aber erschreckend. Wer das nicht sieht, der sieht nicht die Not des Volkes und die Konsequenzen, die daraus entstehen können und die wir unter allen Umständen abwenden müssen. Da gibt es keine parteipolitischen Gründe. Hier schreit die Not des Volkes. **Hier heißt es national sein ohne Rücksicht auf Mehrgewinn oder nicht.** Hier ist die Gelegenheit, wo jeder beweisen kann, daß er selbstlos das Interesse der Gesamtheit vertreten will. Die Herstellungskosten im kommenden Wirtschaftsjahre würden sich wie folgt gestalten. Die Höchstpreise für Speisekartoffeln betrugen vor dem Kriege 2,25 bis 3 Mark per Zentner in Berlin. Jetzt müssen sie für das nächste Wirtschaftsjahr das 8fache bis 30fache kosten. Dann haben sie einen Produktionspreis von 75 bis 105 Mark. Das ist der Preis, für den das deutsche Volk die 120 Millionen Zentner Kartoffeln, die die Nichtselbstversorger gebrauchen, haben muß. Das ist der Produktionspreis mit Erhöhung der Grundrente auf das 25- bis 30fache. Alles darüber hinaus ist Mehrgewinn, der nicht erträglich ist, nicht mehr produktionsfördernd wirkt und bei der großen Menge der Kartoffeln, die im ganzen geerntet werden, ist die verlangte Menge von 120 Millionen Zentner ein Bruchteil. Die Anbaufläche beträgt etwa 2,4 Millionen Hektar. 300 Zentner pro Hektar Durchschnittsernte gerechnet, sind 720 Millionen Zentner. Ich habe dann schon bei der Anbaufläche 235 000 Hektar für Frühkartoffeln abgerechnet, außerdem die Parzellengartenwirtschaft. Also steht fest, daß selbst bei mäßiger Ernte auf deutschem Boden viel mehr Kartoffeln wachsen, als wir brauchen, auch wenn wir hinzurechnen, die Notwendigkeit, Sprit herzustellen für technische Zwecke. (Abgeordneter Zimmermann: Dann kann man die ja aus gefrorenen Kartoffeln nehmen.) Man kann es nicht immer frieren lassen, wenn man will. Wir sehen mit Deutlichkeit aus diesen Zahlen, daß eine Gefahr für die Ernährung des deutschen Volkes auch in Kartoffeln nicht vorhanden ist.

Ich will Ihnen aber noch ein paar präzise Zahlen geben. 720 Millionen Zentner sind als Durchschnittsernte auf heutigem deutschen Boden gerechnet. Davon müssen als Saatgut gebraucht werden durchschnittlich 96 Millionen Zentner. Ich will 20 Prozent Schwund rechnen; das ist viel gerechnet, mehr haben selbst alle landwirtschaftlichen Organisationen nicht als notwendig bezeichnet. Das sind 144 Millionen Zentner. Für 20 Millionen Selbstversorger, die jeder 5 Zentner haben sollen außer den Frühkartoffeln, sind 100 Millionen Zentner. Das sind im ganzen 340 Millionen Zentner, die in der Hand der Bauern bleiben müssen. Dann bleibt eine Zahl übrig von 380 Millionen Zentner. Von diesen 380 Millionen Zentner brauchen wir **für die Nichtselbstversorger nur 120 Millionen Zentner, also ein Drittel, und wiederum sind die übrigen frei.**

Der Ausdruck „Zwangswirtschaft" ist ja Torheit. Der kann nur gebraucht werden, wenn man ihn aus nichtsachlichen Gründen anwendet. Hier heißt es, freie Wirtschaft mit der Bindung, daß für einen Teil der Produkte ein nach oben begrenzter Preis festgesetzt wird, und zwar ein solcher Preis, der die Produktionskosten deckt.

Meine Herren! Brot und Kartoffeln sind die Grundlage der Ernährung des deutschen Volkes. Es sind Brot und Kartoffeln für alle da. Bei freier Wirtschaft aber werden Millionen nicht in der Lage sein können, sich Brot und Kartoffeln zu verschaffen. Einmal die Armen und Aermsten, deren Einnahme nicht steigt mit dem steigenden Brot- und Kartoffelpreise, und dann die vielen, die in Gefahr geraten, in der Weltwirtschaft unter die Räder zu kommen, weil sie arbeitslos werden. Wenn diese gesunden Fäuste zu der übrigen Not kommen, dann entsteht die innerpolitische Gefahr. Diese innerpolitische Gefahr muß abgewendet werden. Man kann nun nicht einfach sagen, es muß von der Landwirtschaft das und das gefordert werden. Ich stehe durchaus auf dem Boden, daß die Landwirtschaft überzeugt werden muß, daß wir mit der Landwirtschaft reden und sie sich überzeugen muß von diesen durchschlagenden Gründen. Ich will auch das Wort nicht unterlassen auszusprechen, daß sie das Opfer bringen muß, sich mit diesem Teil der Produkte unter eine Höchstpreisgestaltung zu stellen. Das soll keinen Bauern hindern, frei seinen Betrieb zu führen, wie er will. Aber nur soll es verhindern, daß der im Besitz des Monopols sich befindliche Bodenbesitzer die Weltlage bei dem Verkauf seiner Produkte über alles Maß ausnutzen kann, wozu er ein Recht hat bei freier Wirtschaft. Das geht nicht an.

Und deshalb ist es in der Tat im höchsten Maße im volkswirtschaftlichen, im nationalen Interesse, weder im Brotgetreide noch in Kartoffeln die völlig freie Wirtschaft einzuführen bzw. beizubehalten. Ob sich für die Kartoffelversorgung ein anderer Weg finden läßt, als den der Umlage, muß geprüft werden. Es würde sich bei der großen Menge von Kartoffeln, die erzeugt werden, vielleicht ein Riesenabschluß mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Kartoffelgroßhändlern ermöglichen lassen. Wenn diese beiden Stellen eingeschaltet werden können und wir für den Produktionspreis eine an 100 Millionen Zentner heranreichende Menge sicher gestellt bekommen von dem Reich sicher genug erscheinenden landwirtschaftlichen Organisationen, also von Kontrahenten, die sicher sind, so hin ich der Meinung, ist das vorzuziehen jeder Umlagewirtschaft. Ob aber bei einem Produktionspreis von 100 Mark, bei einem Weltmarktpreis von voraussichtlich 200 Mark Kartoffelabschlüsse großen Stils zu machen sind, erscheint mir sehr zweifelhaft, da sich kaum ein Kontrahent findet, der dem Reich sicher genug erscheinen und auf eine so große Menge Kartoffeln abschließen könnte, wenn höhere Preise winken.

Meine Herren! Wir haben ja nach dem Kriege nun nicht nur bei uns — es ist kein Trost, aber es muß festgestellt werden als Tatsache: in allen Ländern, die am Kriege beteiligt waren — einen Tanz ums goldene Kalb, wie er fürchterlicher zu unseren Lebzeiten noch niemals beobachtet werden konnte. Und die Menschen aller Sorten, um mit Theodor Storm zu reden, beteiligen sich daran. Es ist, wo es Sieger und Besiegte gibt, schon weltwirtschaftlich ein Verstehenwollen erforderlich, wiederum mehr im eigenen Volk. Im eigenen Volk ist das Verstehenwollen aber auch auf allen Seiten nicht vorhanden. Das Verstehenwollen muß man aber verbinden mit dem Entgegenkommenwollen. Ein Sichgeneinanderfinden, das ist der Weg, den wir gehen müssen. Das kann nicht erreicht werden, wenn auf der einen Seite die Landwirtschaft beschimpft, auf der andern Seite von ungeziemender Arbeitsleistung gesprochen wird und das Recht zu rücksichtsloser Ausnutzung zu höchstem Gewinn von dem glücklichen Besitzer des Bodens in Deutschland verlangt wird. Es muß der Weg der Verständigung gesucht werden. Ich weiß, daß das schwer ist und daß das parteipolitisch ungeheuer undankbar ist.

Ich halte es im Interesse der Gesamtheit für richtig, und deshalb gehe ich den Weg. Am letzten Ende ist es doch so, wenn es kein Entgegenkommen und kein Verstehenwollen in der Welt und in Deutschland für allen Jammer mehr gibt, daß auch dann jeder Einzelne am letzten Ende den Schaden davon hat, wenn er auch glaubt, zunächst abzusiegen und irgendeinen Vorteil einzuheimsen. Deshalb müssen wir an Stelle des rücksichtslosen Egoismus setzen das Wort: Verstehen wir uns, kommen wir uns nahe und helfen wir uns im deutschen Reiche alle gegenseitig! Dann werden wir auch weltwirtschaftlich bestehen! (Lebhaftes vielseitiges Bravo.)

Die Hilfe für die Kapitalkleinrentner.

Zu den neuesten sozialpolitischen Maßnahmen gehört die Unterstützung notleidender Kleinrentner. Sie ist ein Versuch auf einem neuen Wege. Bisher war es im allgemeinen nur üblich, da zu helfen, wo den Bedürftigen die Mittel fehlten, um in der bescheidensten Form weiter leben zu können. Die Armenfürsorge, die, dem entzogen, war dazuzugeschnitten, durch allerlei Mittel, vor allen fürsorglichste Fürsorge, den Hilfsbedürftigen bald wieder auf eigene Füße zu stellen oder in andere Obhut zu bringen. Abgesehen von der Einführung der sozialen Versicherung wurde dieser allgemeine Rahmen staatlicher Maßnahmen zuerst durchbrochen von dem Gesetz vom 7. Dezember 1921, betreffend Notstandsmaßnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden-, Hinterbliebenen- und Angestelltenversicherung. Durch dieses wurde der Grundsatz aufgestellt, daß die von ihm erfaßten Personen ein bestimmtes Mindesteinkommen beziehen müssen und daß, sofern sie es nicht haben, die Allgemeinheit die Verpflichtung hat, den Fehlbetrag zuzuschießen. Das Existenzminimum wurde in diesem Gesetz im allgemeinen zunächst (für Invaliden- und Altersrentenempfänger usw.) auf 3000 Mark festgesetzt, wobei jedoch gewisse Beträge von Arbeitsverdienst, Zinsengenuß usw. nicht zur Anrechnung kommen.

Mit der neuen Hilfe für Kapitalkleinrentner soll verhindert werden, daß diejenigen, die ihr Leben lang geordnet und sich durch eigenes Streben ein bescheidenes Kapital angesammelt haben, von dem sie in Alter zehren wollen, nunmehr infolge der Geldentwertung genötigt sind, in Not und Elend zu leben. Man will ihnen eine über die Armenpflege hinausgehende Fürsorge zuteil werden lassen und geht dabei von dem Gedanken aus, daß diese Leute unverschuldet in einen hoffnungslosen Zustand geraten sind. Sie sind besonders bedauernswert, weil sie fast ausschließlich die Vorteile der Sozialversicherung nicht genießen und als erwerbsunfähige Rentner irgendwelche Invaliden- oder ähnliche Rente nicht erhalten können. Hier rächt sich, so fügen wir hinzu, daß man früher den Vorschlägen der Sozialdemokratie nicht gefolgt ist und die kleinen selbständigen Unternehmer, Geschäftsleute usw. nicht der sozialen Versicherung unterstellt hat. Aus politischen Gründen wurde ihnen früher auch von „oben" herab ins Ohr geblasen, daß die soziale Versicherung nur für die „gewöhnlichen" Arbeiter da ist und sie, die Gewerbetreibenden, doch etwas „viel Besseres" sind.

Als „Kleinrentner", denen die neuen Unterstützungen zugute kommen sollen, gelten bedürftige, im Inland wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahreseinkommen von wenigstens 600 Mark sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeiten im wesentlichen auf dieses Jahreseinkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber das Vorsorge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Als Arbeit gilt auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft; ihr steht auch eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich. Eine Bedürftigkeit des Kleinrentners wird jedenfalls dann anzunehmen sein, wenn sein Gesamteinkommen im Jahre geringer als 3000 Mark ist. Andererseits ist Bedürftigkeit regelmäßig zu verneinen, wenn die Besitze der Erwerbslosenfürsorge erreicht werden. Einer besonderen Beurteilung bedürfen die fremder Wartung und Pflege bedürftigen Kleinrentner.

Vorläufig sind 100 Millionen Mark für die gedachten Zwecke zur Verfügung gestellt. Im Haushaltplan für 1922 soll die Summe erhöht werden. Auf Preußen sind 62 Millionen Mark entfallen, die wiederum auf die einzelnen Provinzen und Stadt- und Landkreise verteilt wurden. Die Auszahlung soll von den Gemeinden erfolgen. Eine gesetzliche Pflicht, die Unterstützungsmaßnahmen durchzuführen, besteht für die Gemeinden nicht. Wenn sie es aber tun, müssen sie ein Drittel der Gesamtkosten aus eigenen Mitteln zuschießen. Lehnen sie das ab, erhalten sie auch die Reichsbeihilfen nicht. Bis zu einer späteren endgültigen Regelung der ganzen Angelegenheit soll nach eingehender Prüfung der Bedürftigkeit jedes einzelnen Bewerbers um Unterstützung zunächst eine einmalige Beihilfe bis zur Höchstbetrag von 1500 Mark in den Gemeinden der Ortsklassen A und B, und von 1200 Mark in den übrigen Orten gezahlt werden. Zuständig ist die Gemeinde, in der der Kleinrentner jetzt seinen Wohnsitz hat. Zulässig sind ausnahmsweise auch Sachleistungen. Zuwendungen, die der Kleinrentner seit dem 1. Oktober 1921 schon erhalten hat, können angerechnet werden. Die bis jetzt herausgekommenen Richtlinien sind sehr unklar und lückenhaft. Insbesondere sagen sie nichts darüber, ob die Beihilfen rechtlich nur als Darlehen anzusehen und wieder zurückzuzahlen sind, wenn der Rentner dazu in der Lage ist oder wenn er stirbt und ein Vermögen hinterläßt. Aus allen Begleitumständen wird man aber eine solche Erstattungspflicht nehmen müssen, denn es könnte nicht gerechtfertigt werden, daß man Personen, die noch über Vermögenswerte von mindestens 15 000 Mark verfügen, Geschenke macht, die letzten Endes lachenden Erben zugute kommen, die meist in guten Verhältnissen sich befinden werden. Es wird deshalb das Recht der Rückforderung bei der Auszahlung festgestellt werden müssen.

Die Beihilfen sollen in der Regel nur gezahlt werden, wenn zugleich Fürsorgefall wird, daß das Vermögen des Rentners mit zur Bestreitung seines Lebensunterhalts in einem Umfange herangezogen wird, der der Vermögenshöhe, dem Alter und den sonstigen Verhältnissen des zu Unterstützenden angemessen ist. Auch ist die Unterstützung des Kleinrentners durch die gesetzlich dazu Verpflichteten (Familienangehörigen, namentlich erwachsenen Söhnen) sicherzustellen. Die weitreichende Beteiligung von Personen aus den Kreise der Kleinrentner bei der Ausführung der Hilfsmaßnahme soll zur Erleichterung der Arbeit beitragen. Allerdings ist darauf zu achten, daß in den Kleinrentnern nicht der Verdacht entsteht, als würden die organisierten Kleinrentner bevorzugt. Zunächst wird durch Bekanntmachungen in den einzelnen Orten die Zahl der Anspruchsberechtigten festzustellen sein. Auf sie sind dann die zur Verfügung stehenden Mittel zu verteilen, zweckmäßigerweise abgestuft nach dem Maße der Bedürftigkeit.

Die Hilfsaktion ist ein weiterer Schritt in der Ablösung der Armenfürsorge durch die Wohlfahrtspflege. Nachdem nun den Sozialrentnern und den Kleinkapitalrentnern ein Existenzminimum gesichert ist, fehlt es nur noch, daß auch den übrigen Bedürftigengruppen, den eigentlich Aermsten der Armen, gleiche Vergünstigungen eingeräumt werden. Es gehören hierzu besonders Personen aus dem Arbeiterstande, die sich nicht irgendeine Rente haben sichern können, wie z. B. Witwen, die nicht die nötigen „Anwartschaften" ihres verstorbenen Mannes nachweisen können oder die noch erwerbsfähig sind, Gelegenheitsarbeiter, die nur gelegentlich Versicherungsbeiträge zahlen usw. Die Lücke muß geschlossen werden dadurch, daß für alle Menschen ein gewisses Mindesteinkommen gewährleistet wird. Das hat das jetzige Ziel unseres Wirkens zu sein.

F. Kleeis.

Vermischtes.

Gefährliche Romanstudien. Nach einer längeren Ruhepause ist der Brand neuerdings wieder in Tätigkeit getreten. Eingeleitet wurde diese Tätigkeit durch zwei leichte Erderschütterungen, denen das Ausstoßen eines Rauchkegels in einer Höhe von über 70 Meter folgte. Asche, glühende Steine und Lavastrome ergossen sich über ein Gelände von mehr als 30 000 Quadratmeter im Umkreis um den Krater. Prof. Malandra, der Direktor des Besuvobservatoriums, wagte sich beim ersten Angeichen der Tätigkeit in den Krater, ein Versuch, der ihm schmerzliche Brandwunden im Gesicht eintrug. Er traf bei seiner gefährlichen Exkursion einen jungen amerikanischen Schriftsteller, der ebenfalls den Abstieg in den Krater gewagt hatte, um Eindrücke für einen Roman, der zur Zeit der Spartakusunruhen in Rom spielt, zu sammeln.

Landesbibliothek Oldenburg